

Erste Auflage 2025

KATAPULT-Verlag Greifswald
© Katapult-Verlag GmbH 2025
Wilhelm-Holtz-Straße 9
17489 Greifswald

www.katapult-verlag.de
verlag@katapult-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Redaktion/Dokumentation

Anna Hansen, Öykü Baskaya, Stefanie Malleier, Ella Daum, Alexander Fürniß

Lektorat Philipp Bauer

Layout Benjamin Fredrich

Coverillustration Andrea Köster (La Questi)

Gesetzt aus Oswald, Neue Bebas Pro, Arno Pro

Druck und Bindung Print Best, Estland

Papier Lessebo Balder Recyclingpapier

ISBN 978-3-68972-005-6

 **KATAPULT**



ClimateCalc™

Der CO₂-Ausstoß dieses Druckproduktes wurde mit
ClimateCalc berechnet und kompensiert:
South Pole

www.climatecalc.eu

CC-000113/EE





RECHTSEXTREMISMUS **BEKÄMPFEN**

Was sagt die Wissenschaft?

Danuta Danielsson schlägt einen Neonazi mit ihrer Handtasche. Das mag aussichtslos wirken. Wenn nicht gleichzeitig Hans Runesson 1985 im schwedischen Växjö danebengestanden und dieses Foto geschossen hätte. Das Bild ging um die Welt.

Danielsson wurde zur schwedischen Ikone im Kampf gegen Extremismus. Menschen haben sich an ihr orientiert, Haltung gezeigt und sich im Kampf gegen Rechts vereint. Ihre beherzte Aktion war effektiv.

Nun ist nicht jede Person bereit, die eigene Handtasche auf einen Nazi zu hauen. Deshalb haben wir in diesem Buch wissenschaftliche Studien gesammelt, die aufzeigen, wie man Rechtsextremismus wirksam bekämpfen kann.

Danielsson hat sich 1988 umgebracht. Ihre Mutter hatte ein Konzentrationslager überlebt. Der Nazi, den sie auf diesem Foto schlägt, wird später einen jüdischen homosexuellen Mann ermorden.





Öffentliche Investitionen können populistische Parteien schwächen

Albanese, Giuseppe; Barone, Guglielmo; De Blasio, Guido:
Populist voting and losers' discontent: Does redistribution
matter?, in: European Economic Review 141 (2022).

Eine Studie der Ökonomen Giuseppe Albanese, Guglielmo Barone und Guido de Blasio zeigt, dass EU-Finanzhilfen die Stimmanteile populistischer Parteien reduzieren können. Betrachtet wurden die italienischen Parlamentswahlen 2013, wobei geförderte mit nichtgeförderten Regionen verglichen wurden. Die Forscher fanden heraus, dass Gemeinden, die aus dem EU-Kohäsionsfonds unterstützt wurden, seltener populistisch wählten. Konkret führte eine zusätzliche Förderung in Höhe von 0,7 Prozent des regionalen Bruttoinlandsprodukts zu einem Rückgang des Stimmenanteils von Populisten um etwa neun Prozent.

Die Ergebnisse zeigen, dass EU-Gelder zwar populistische Tendenzen dämpfen, aber nicht zu einer generell positiveren Einstellung gegenüber der EU führen. Dies deutet darauf hin, dass die Mittel vor allem dazu beitragen, die wirtschaftlichen Nachteile der betroffenen Regionen abzufedern, anstatt eine stärkere proeuropäische Haltung zu fördern. Interessanterweise hatte die finanzielle Unterstützung keinen Einfluss auf die Wahlergebnisse nichtpopulistischer Parteien – der Effekt beschränkte sich ausschließlich auf den Rückgang der Stimmen für Populisten.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Untersuchung ist, dass die Wirkung der Fördermittel unabhängig davon war, wie das Geld vor Ort verwendet wurde – sei es für öffentliche Infrastruktur, Unterstützung für Haushalte und Unternehmen oder laufende Ausgaben der lokalen Verwaltung. Dies unterstreicht, dass die bloße Bereitstellung finanzieller Ressourcen zur wirtschaftlichen Stabilisierung beiträgt und populistische Wahlergebnisse verringert. Die Autoren betonen, dass eine gezielte wirtschaftliche Förderung strukturschwacher Regionen eine sinnvolle Strategie darstellt, um gesellschaftliche Spannungen und politische Polarisierung zu reduzieren.

EU-Gelder für strukturschwache Regionen reduzieren Wahlergebnis von Rechtspopulisten

Gold, Robert; Lehr, Jakob: Paying off populism: EU-Regionalpolitik verringert Unterstützung populistischer Parteien, Kiel Policy Brief Nr. 172 (2024).

Zu diesem Ergebnis kommen Robert Gold und Jakob Lehr vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Die Ökonomen haben untersucht, ob die Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen durch die EU einen Einfluss auf die Wahlergebnisse populistischer Parteien bei Europawahlen hat. Dazu analysierten sie Daten aus 27 EU-Ländern von 1999 bis 2019 und verglichen möglichst ähnliche Regionen miteinander.

Im Laufe der Untersuchung bekam eine unterstützte Region im Durchschnitt etwa 1,4 Milliarden Euro von der Europäischen Union. Das waren ungefähr 530 Euro pro Person. Diese Mittel reduzierten den Stimmenanteile von Rechtspopulisten um zwei bis drei Prozentpunkte. 100 Euro pro Einwohner in den geförderten Regionen senken somit das Ergebnis rechtspopulistischer Parteien um etwa 0,5 Prozentpunkte. Linkspopulistische Parteien werden hingegen nicht beeinflusst.

Die zusätzliche Auswertung von Umfragedaten des *Eurobarometers* brachte weitere Erkenntnisse: Sie zeigte nämlich, dass die Menschen in den geförderten Regionen insgesamt positiver gegenüber der EU eingestellt sind, obwohl ihre Erwartungen an die wirtschaftliche Zukunft sich nicht wesentlich von denen der Menschen in nichtgeförderten Regionen unterscheiden. Oder anders ausgedrückt: Dass die Unterstützung für Rechtspopulisten durch die Förderung zurückgegangen ist, hat also weniger mit wirtschaftlichen Erwägungen der Wähler zu tun, sondern könnte daran liegen, dass die Gelder das Vertrauen in die EU und ihre Institutionen sowie die Zustimmung zur Demokratie gestärkt haben.

Wenn Ärmere immer weniger verdienen, gewinnen rechtsradikale Parteien – Umverteilung könnte helfen

Proaño, Christian; Peña, Juan C.; Saalfeld, Thomas: Inequality, macroeconomic performance and political polarization: a panel analysis of 20 advanced democracies, in: Review of Social Economy 82(3) (2024), S. 396-429.

Die Wirtschaftswissenschaftler Christian Proaño und Juan Peña sowie der Politikwissenschaftler Thomas Saalfeld zeigen in ihrer Analyse, dass soziale Ungleichheit eine zentrale Rolle bei der Schwächung der Mitte und der Stärkung rechtsradikaler Parteien spielt. Dazu werteten sie Daten von 291 Parlamentswahlen in 20 Industrieländern zwischen 1970 und 2016 aus. Sie untersuchten, welche Faktoren den Erfolg radikaler Parteien beeinflussten und berücksichtigten dabei Aspekte wie Einkommensungleichheit, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Globalisierung.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass vor allem hohe Arbeitslosigkeit und geringes Wirtschaftswachstum die radikale Linke begünstigten. Ängste vor Arbeitsplatzverlust oder Zuwanderung durch die Globalisierung kamen diesen Parteien ebenfalls zugute. Höhere Staatsausgaben hingegen begünstigten Parteien der politischen Mitte. Bei der Einkommensungleichheit zeigen die Forscher einen wichtigen Wandel über die Jahre.

Zwischen 1970 und 2000 hatten ungleiche Einkommen innerhalb der Bevölkerung keinen nennenswerten Einfluss auf die Wahlergebnisse. Ab 2000 hingegen stärkte eine wachsende Ungleichheit vor allem rechtsradikale Parteien. Besonders auffällig ist es beim Blick auf die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung. Sank ihr Anteil am Gesamteinkommen, ging dies mit einer größeren Unterstützung rechter Parteien einher.

Die Forscher betonen, dass die wachsende Ungleichheit kein unabwendbares Phänomen sein muss, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen ist. Der Aufstieg von Rechtsaußenparteien könne daher als eine Art hausgemachtes Problem betrachtet werden. Eine Politik, die auf eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands und auf mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielt, könnte dazu beitragen, die zunehmende Kluft zwischen den politischen Lagern zu verringern.

Betriebsräte stärken die Akzeptanz von Demokratie

Pfeifer, Christian: Can worker codetermination stabilize democracies?
Works councils and satisfaction with democracy in Germany,
Leuphana Universität Lüneburg – Working Paper Series
in Economics Nr. 420 (2023).

Betriebsräte stärken den Glauben an die Demokratie. Zu diesem Befund kommt Christian Pfeifer von der Universität Lüneburg. Wenn es in einem Unternehmen einen Betriebsrat gibt, sind die Mitarbeitenden zufriedener mit dem demokratischen System im Land.

Der Wirtschaftswissenschaftler wertete Daten aus dem Jahr 2016 aus und fand heraus, dass Menschen in Betrieben mit Mitbestimmung das politische System leichter akzeptieren – unabhängig von anderen Faktoren wie Arbeitszufriedenheit oder Betriebsgröße. Besonders stark war der Effekt in Ostdeutschland. Seine Erklärung: Wer demokratische Prozesse am Arbeitsplatz erlebt, sieht auch die Demokratie insgesamt positiver. Mehr betriebliche Mitbestimmung könnte also gerade in Zeiten des zunehmenden Populismus einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten.

Gegenrede bringt wenig, positive Botschaften bringen mehr

Frischlich, Lena u. a. (Hg.): Videos gegen Extremismus?
Counter-Narrative auf dem Prüfstand, Wiesbaden 2017.

Die Datenlage zur Wirksamkeit von sogenannten Gegenerzählungen ist noch sehr überschaubar. Im deutschsprachigen Raum etwa gibt es dazu ein Forschungsprojekt von Wissenschaftlern der Universität Köln. Sie untersuchten die Wirkung von 337 Onlinevideosequenzen unterschiedlicher Art gegen Rechtsextremismus und islamistischen Extremismus: informative Vorträge, aber auch unterhaltsame Formate wie aufwendige Filme oder Musikclips. Besonders einprägsam waren die Videos für die Befragten, wenn sie eine persönliche Geschichte transportierten, wie zum Beispiel Aussteigerberichte aus der Neonaziszene.

In diesem Fall regten sie die Betrachter der Videos dazu an, über die eigene Position nachzudenken. Sehr wirksam waren auch jene Videos, die verständlich und klar formuliert waren und die Zuschauer direkt ansprachen. Humorvolle oder satirische Beiträge wurden von den Teilnehmern als weniger zugänglich eingestuft oder sogar kritisch gesehen. Wenn die Videos der extremistischen Propaganda lediglich Fakten gegenüberstellten, war die Wirkung nicht so stark. Daher ist es wichtig, alternative Erzählungen hervorzuheben, die Demokratie und ein respektvolles Miteinander attraktiv machen und in den Vordergrund stellen. Kurz: weniger Gegenrede, mehr positive Botschaften.

Ein Manko der Fallstudien ist jedoch, dass sich die untersuchten Personen nicht in einem Radikalisierungsprozess befanden. Daher kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie die Videos auf Personen wirken, die bereits von rechten Ideologien überzeugt sind.

Gegenerzählungen zeigen nur begrenzte Wirkung gegen Radikalisierung

Carthy, Sarah u. a.: Counter-narratives for the prevention of violent radicalisation, in: Campbell Systematic Reviews 16(3) (2020), e1106.

Laut einer Überblicksstudie aus dem Jahr 2020 gibt es kaum Belege dafür, dass Gegenerzählungen bei Menschen, die extremistische Züge aufweisen, wirken. Ein wichtiger Faktor bei der Radikalisierung sind Narrative, also Geschichten oder Erzählungen, die eine bestimmte Sicht auf die Welt vermitteln. Terrorgruppen nutzen solche Narrative, um Gewalt als Lösung für persönliche oder gesellschaftliche Probleme darzustellen. Um dem entgegenzuwirken, gibt es sogenannte Gegennarrative – also gezielte Botschaften, die diese gewaltverherrlichenden Narrative infrage stellen und eine alternative Erzählung anbieten. Bisher ist jedoch wenig darüber bekannt, wie gut solche Gegennarrative tatsächlich funktionieren.

Das Forschungsteam der National University im irischen Galway wollte herausfinden, ob Gegennarrative tatsächlich helfen, das Risiko einer Radikalisierung zu verringern. Dazu werteten die Psychologen 19 Studien aus verschiedenen Jahren und Regionen aus. Sie fanden heraus, dass Gegennarrative insgesamt nur eine geringe Wirkung haben. Am wirksamsten waren sie, wenn sie positive Gegenbeispiele lieferten – also Menschen davon überzeugten, dass etwa eine andere Gruppe keine direkte Bedrohung für sie darstellt. Sie konnten zudem auch helfen, wenn jemand überzeugt war, die eigene Gruppe sei grundsätzlich besser als andere.

Dadurch konnten Vorurteile abgebaut und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit reduziert werden. Gegen tief sitzende Ängste oder unbewusste Vorurteile halfen sie jedoch kaum. Noch weniger gelang es, jemanden davon abzuhalten, tatsächlich gewalttätig zu werden. Die Forscher gehen also davon aus, dass die Wirkung von Gegenerzählungen auf extremistische Narrative insgesamt gering ist. Schlecht konzipierte Gegennarrative können sogar negative Auswirkungen haben.

Humor und Spott gegen Rechte im Netz

Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): Was tun gegen rechte Strategien im Netz?, auf: boeckler.de.

Statt populistische Aussagen rechter Akteure im Internet einfach abzulehnen, geben Forscher der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ein paar Empfehlungen, wie damit umgegangen werden könnte. Zentral ist, dass gesellschaftliche Akteure genau unter die Lupe nehmen, wie Rechte kommunizieren. Zwar greifen sie häufig echte gesellschaftliche Probleme auf, stellen diese jedoch verzerrt oder unwahr dar. Deshalb sollten rechte Aussagen nicht einfach als falsch entlarvt werden, sondern es müsse nach den Gründen gefragt werden, die sie attraktiv machen. In den Sozialen Netzwerken profitieren Rechte beispielsweise von Empörung und Gegenreaktionen, wenn sie von unbeteiligten Nutzern weiterverbreitet werden. Ein Beispiel: die rechte „Stolzmonat“-Kampagne auf Twitter (heute X). Diese gewann an Reichweite, weil sich viele Nutzer dagegen positionierten und so ungewollt zu ihrer Verbreitung beitrugen. Dennoch sollten demokratische Akteure nicht einfach auf die Auseinandersetzung verzichten oder sich aus den Sozialen Netzwerken zurückziehen. Sonst überlassen sie rechten Gruppierungen das Feld.

Erfolgreiche Strategien gegen rechte Erzählungen bestehen oft darin, die Kommunikation humorvoll oder spöttisch zu übernehmen und dadurch die Aussagen zu entkräften. Das gelang den Nutzern bei der Kampagne „#AfDnee“, die sich über die Folgen einer AfD-Wahl lustig machte – und das obwohl Rechte versuchten, die Kampagne zu kapern. Doch viele Nutzer drehten diese Versuche um, indem sie die überzogenen Darstellungen der AfD auf eine Weise kommentierten, die die rechte Botschaft wirkungslos machte. Schließlich zeigt sich, dass rechte Onlineaktivisten stark vernetzt und strategisch abgestimmt agieren. Sie verfügen über gemeinsame langfristige Ziele, klare Kommunikationsstrategien und praktische Fähigkeiten in Bereichen wie Webdesign oder Mediengestaltung. Rechte Onlineaktivisten haben also Erfolg, weil sie organisiert und strategisch handeln. Um diesem organisierten Vorgehen etwas entgegenzusetzen zu können, bedarf es auf der Gegenseite ähnlich gut organisierte Strategien – nicht nur spontaner Einzelaktionen –, um auf lange Sicht wirksam zu sein.

Fakten helfen nicht immer gegen Fake News

Kubin, Emily u. a.: Personal experiences bridge moral and political divides better than facts, in: PNAS 118(6) (2021).

Zahlen und Tatsachen allein reichen nicht aus, um gegen polarisierende Falschmeldungen anzukommen. Gerade in Sachen Einwanderung oder bei Umweltthemen finden Menschen persönliche Erfahrungen oft überzeugender als nüchterne Daten. Das zeigt eine zusammenfassende Analyse von Psychologen, die 15 Studien dazu untersucht haben. Die Forscher fanden heraus, dass in politischen Debatten subjektive Erfahrungen oft für wahr gehalten werden als objektive Fakten. Eine besonders wichtige Rolle spielen solche Erfahrungen, die in direktem Zusammenhang mit dem diskutierten Thema stehen und mit Schaden oder Leid verbunden sind. So fanden die Forscher heraus, dass persönliche Geschichten in Diskussionen viel mehr Respekt erzeugen als nur das Anführen von Fakten, etwa bei Themen wie Waffenkontrolle oder Einwanderung.

Wer in einer Auseinandersetzung über Waffenkontrolle von einer eigenen traurigen Erfahrung mit Schusswaffen berichtete, übertrug dem Gesprächspartner eher das Gefühl, die Meinung aus einem guten, rationalen Grund zu vertreten – und das Gegenüber war dann eher bereit, ins Gespräch zu gehen.

Eine andere Studie befasste sich mit einer Diskussion über Einwanderung. Auch hier zeigte sich, dass jemand, der persönliche Erfahrungen schilderte, beispielsweise wie Einwanderung das eigene Leben verändert hat, als glaubwürdiger und respektabler angesehen wurde, als wenn dieselbe Person nur mit Statistiken argumentierte.

Soziale Medien könnten Polarisierung verringern, doch bewirken oft das Gegenteil

Jia, Chenyan u. a.: Embedding Democratic Values into Social Media AIs via Societal Objective Functions, in: Proceedings of the ACM on Human-Computer Interaction 8 (CSCW1) (2024) (letzte Version vom 15.2.2025).

Die Sozialen Medien könnten dazu beitragen, die Spaltung der Gesellschaft zu verringern – wenn sie ihre Algorithmen anders gestalten würden. Statt extreme und vorgefasste Ansichten zu bevorzugen, könnten sie Beiträge so gewichten, dass sie demokratische Werte fördern. Wissenschaftler der kalifornischen Stanford University haben einen Algorithmus entwickelt, der erkennt, inwieweit ein Post antidemokratische Einstellungen verstärkt. Sofern er geeignet wäre, Feindseligkeiten zwischen den politischen Lagern zu fördern, würde er im Nachrichtenbereich der Nutzer weiter unten angezeigt werden. Tests zeigen, dass dies feindselige oder ablehnende Haltungen der Nutzer gegenüber anderen politischen Ansichten tatsächlich verringern kann.

In einer Studie mit US-amerikanischen Teilnehmern wurde untersucht, wie sich die Veränderung der Platzierung von Beiträgen auf die politischen Meinungen und Einstellungen der Nutzer auswirkt. Zunächst bewerteten die Studienautoren Social-Media-Posts hinsichtlich antidemokratischer Tendenzen, etwa anhand der Ablehnung des politischen Gegners, der Unterstützung von Gewalt sowie dem Misstrauen gegenüber Menschen im Allgemeinen und gegenüber bestimmten Fakten. Anschließend wurden den Nutzern problematische Beiträge entweder gar nicht mehr angezeigt, oder deren Sichtbarkeit wurde so verringert, dass sie weiter unten im Nachrichtenbereich erschienen. Das Ergebnis: Die Feindseligkeit gegenüber Andersdenkenden nahm deutlich ab, ohne dass die Nutzer ihre Social-Media-Erfahrung als schlechter empfanden. Ein KI-Modell konnte diese Bewertungen später automatisieren und lieferte ähnliche Ergebnisse.

Die Methode zeigt, dass Soziale Medien mithilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse so programmiert werden könnten, dass sie Polarisierung reduzieren, statt sie zu verstärken. Es ist jedoch fraglich, ob große Plattformen wie Facebook oder X solche Änderungen umsetzen würden – schließlich profitieren sie von emotional aufgeladenen Inhalten.

Vorliebe für eigene Hautfarbe lässt sich bei Babys abtrainieren

Bar-Haim, Yair u. a.: Nature and nurture in own-race face processing, in: *Psychological Science* 17(2) (2006), S. 159-163.

Babys zeigen bereits im Alter von drei Monaten eine Vorliebe für die Hautfarbe ihrer eigenen ethnischen Gruppe. In einer Studie von 2006 haben Yair Bar-Haim und sein Forschungsteam 36 Babys aus drei verschiedenen Gruppen beobachtet: weiße Babys aus Israel, äthiopische Babys aus Äthiopien und äthiopisch-israelische Babys. Die Psychologen fanden heraus, dass israelische Babys weiße Gesichter auf einem Laptopbildschirm länger betrachteten, während äthiopische Babys ostafrikanische Gesichter länger ansahen. Äthiopisch-israelische Babys, die regelmäßigen Kontakt zu Mitgliedern verschiedener ethnischer Gruppen hatten, zeigten keine eindeutige Vorliebe.

Die Studie stellt somit fest, dass Vorlieben der Babys für Gesichter ihrer eigenen Gruppe durch die Umgebung und durch wiederholte Erfahrungen mit vertrauten Gesichtern geprägt werden. Wenn sie oft mit Menschen aus anderen Ethnien zu tun haben, kann sich ihre Vorliebe ändern. Besonders wichtig ist der Hinweis, auch unter Bezugnahme auf andere Studien, dass regelmäßiger Kontakt mit verschiedenen ethnischen Gruppen im frühen Kindesalter dazu beitragen kann, Vorurteile abzubauen.

Ausgrenzende Rhetorik stärkt rechtsextreme Parteien

May, Antonia; Czymara, Christian: Careless whisper: political elite discourses activate national identities for far-right voting preferences, in: Nations and Nationalism 30 (1) (2024), S. 90-109.

Wenn politische Parteien – gleich welcher Ausrichtung – eine Sprache der Ausgrenzung verwenden, profitieren davon vor allem rechtsextreme Parteien. Zu diesem Ergebnis kommen Antonia May vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und Christian Czymara von der Universität Tel Aviv. Die Sozialforscher kombinierten in ihrer Studie Daten zweier großer Umfragen zum Wahlverhalten von mehr als 127.000 Personen aus 26 Ländern zwischen 1995 und 2020.

Obwohl mehr als die Hälfte der Befragten eine enge Vorstellung von nationaler Identität hatte – dass also nur bestimmte Gruppen zur „nationalen Gemeinschaft“ gehörten –, bevorzugten nur etwa sieben Prozent eine rechtsextreme Partei. Demnach ist ein ausgrenzendes Zugehörigkeitsgefühl in Europa zwar weit verbreitet, führt jedoch nicht zu mehr Stimmen für Rechtsextreme.

Den Forschern zufolge steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Wähler mit solchen Ansichten einer rechtsextremen Partei zuwenden, wenn Politiker insgesamt stärker nationalistische und einwanderungskritische Positionen vertreten. Demnach profitieren rechte Parteien besonders von einer politischen Rhetorik, die Themen wie nationale Grenzen und Zugehörigkeit in einer ausgrenzenden Weise behandelt.

May und Czymara bestätigen mit ihrer Untersuchung, dass die Strategie, die Sprache rechtsextremer Parteien nachzuahmen, für Parteien der Mitte oft nicht aufgeht – dass also der Versuch, rechtspopulistische Wähler mit ähnlichen Positionen zurückzugewinnen, nach hinten losgeht.

Die Union könnte bestimmte AfD-Wähler zurückgewinnen, wenn sie spaltende Themen nutzt

Haas, Violeta u. a.: Can wedge strategies by mainstream parties cross-cut the anti-immigration far right vote?, in: Electoral Studies 83 (2023).

Ein Forscherteam um Violeta Haas hat untersucht, ob die Union mit bestimmten Positionen, die eine Wählergruppe spalten können, Wähler von der AfD zurückgewinnen könnte. Diese „Keilthemen“ werden von einer Partei hervorgehoben, um Uneinigkeit unter den Wählern einer gegnerischen Partei gezielt auszunutzen, ohne dabei ihre eigenen Anhänger zu spalten. Beim Thema Begrenzung von Zuwanderung etwa könnten Parteien durch das Setzen solcher Keilthemen den eigenen Stimmenanteil erhöhen.

Dazu führten die Forscher ein Experiment durch, das sie mit zwei Umfragen kombinierten, die während der Bundestagswahl 2021 in Deutschland durchgeführt wurden. In der ersten Befragung wurde ermittelt, welche Keilthemen für die Wähler besonders wichtig sind und wo sich die Positionen von CDU/CSU und AfD deutlich unterscheiden. Für das Experiment wählten die Forscher vier Themen aus, die besonders stark polarisieren und oft zu hitzigen Diskussionen führen: 1) das Löschen von Fake News, 2) sozialer Wohnungsbau, 3) der Umgang mit Impfgegnern und 4) die EU-Mitgliedschaft Deutschlands.

In der zweiten Befragung wurden die Studienteilnehmer in Gruppen eingeteilt: Vier wurden Wahlkampfplakate der Union zu diesen Themen gezeigt, der Kontrollgruppe hingegen nicht. Anschließend sollten die Befragten erneut angeben, wie wichtig ihnen diese Themen sind und ob sich ihre Wahlabsicht geändert hatte.

Den Forschern zufolge kann das Setzen solcher Keilthemen die Bedeutung dieser Themen für die Befragten teilweise erhöhen, aber nicht immer. Diese Strategie führt nur begrenzt zu Erfolg. Ein Großteil der Wähler wechselt nicht zur Union.

Doch bei bestimmten Wählergruppen gehe die Strategie auf: und zwar bei Wählern, denen das jeweilige Thema wichtig ist und bei solchen, die keine festen Parteibindungen haben. Nach Ansicht der Forscher könnte es daher in Zukunft sinnvoll sein, Keilthemen auf genau definierte Zielgruppen zuzuschneiden und einzusetzen, etwa durch moderne digitale Werbetechniken.

Wenn klar wird, dass die AfD aus Eigeninteressen handelt, sinkt ihr Zuspruch

Geißler, Ferdinand u. a.: How to break populist parties' appeal? An experimental evaluation of communication counter-strategies, Vorabdruck: Version vom 18.7.2024, auf: osf.io.

Ein Team aus Sozialforschern, Statistikern und Ökonomen wollte herausfinden, welche Kommunikationsstrategien am wirksamsten populistische Parteien schwächen. Die Studienautoren um den Soziologen Ferdinand Geißler von der Berliner Humboldt-Universität testeten vier Methoden – und zwar mit dem Schwerpunkt auf:

- Eigeninteresse, wonach sich AfD-Politiker eher um ihre eigenen Interessen kümmern als um die der Bürger
- Repräsentation, bei der die AfD den Wählern nicht gerecht wird
- Leistung, bei der andere Parteien bessere Arbeit leisten als die AfD
- eine alternative gesellschaftliche Identität, die auf Integration statt Abgrenzung setzt.

Um die Wirksamkeit dieser Strategien zu testen, wurde ein großangelegtes Onlineexperiment mit mehr als 24.000 Befragten in Deutschland durchgeführt. Die Forscher sammelten dazu antipopulistische politische Botschaften aus Sozialen Medien, Wahlprogrammen und Pressemitteilungen aller im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der AfD und ordneten sie den vier Strategien zu. Die Teilnehmer wurden zufällig einer von fünf Gruppen zugeteilt: Vier Gruppen sahen Botschaften, die eine der Strategien nutzten. Eine Kontrollgruppe bekam keine vorgelegt. Geschaut wurde auch, ob es einen Unterschied machte, ob sich die Botschaften auf die Bundes- oder die Landesebene bezogen. Schließlich wurden die Teilnehmer gefragt, wie sie die AfD bewerten und ob sie sie wählen würden.

Dabei stellte sich heraus, dass die Unterstützung für die AfD am stärksten sank, wenn den Befragten verdeutlicht wurde, dass die AfD aus Eigeninteresse handelt – insbesondere bei Personen, die zuvor eine hohe Neigung hatten, die Partei zu wählen. Davon profitierten vor allem Mitte-Links-Parteien wie die Grünen oder die SPD, während die Union oder die FDP keinen zusätzlichen Zuspruch erhielten. Im ländlichen Raum oder in wirtschaftlich schwächeren Regionen war diese Strategie jedoch weniger erfolgreich, teilweise gab es sogar einen leicht gegenteiligen Effekt.

Die restlichen Methoden führten zu unterschiedlichen Ergebnissen: Botschaften, die die AfD bezüglich der Repräsentation kritisierten, hatten nur eine geringe Wirkung, die auf lokaler Ebene sogar kleiner wurde. Strategien, die die Leistung der AfD kritisierten oder alternative gesellschaftliche Identitäten betonten, konnten AfD-Wähler auf Bundesebene nicht überzeugen. Die populistischen Haltungen der Befragten nahmen sogar zu, wenn die Botschaften einen lokalen Bezug hatten.

US-Amerikaner haben ein falsches Bild vom politischen Gegner

Beyond Conflict (Hg.): *America's Divided Mind. Understanding the Psychology that Drives Us Apart*, Boston, auf: beyondconflictint.org (Juni 2020).

Die politische Kluft in den USA erscheint oft unüberwindbar. Doch eine Studie der Non-Profit-Organisation *Beyond Conflict* hat gezeigt: Viele Amerikaner halten die Spaltung für größer, als sie tatsächlich ist – und genau diese Fehleinschätzung heizt die Spannungen zwischen den Lagern weiter an. Untersucht wurde die Frage anhand von drei Kriterien.

Republikaner und Demokraten denken erstens, dass die jeweils andere Seite sie weniger als Menschen betrachtet, als es tatsächlich der Fall ist – doch ihr Eindruck trügt. Republikaner nehmen an, dass Demokraten sie auf einer Skala von 0 bis 100 mit nur 28 Punkten als „menschlich“ einstufen – also sie kaum als normale Menschen sehen. Tatsächlich bewerten die Demokraten sie aber viel höher, nämlich mit 83 Punkten. Umgekehrt schätzen Demokraten die Bewertung durch Republikaner auf 48 Punkte – sie liegt aber bei 80. Diese verzerrte Wahrnehmung verstärkt das Misstrauen – und damit die Feindseligkeit.

Zweitens wird auch die gegenseitige Abneigung stark überschätzt, wie die Zahlen zeigen. Zwar bewerten Republikaner die Demokraten im Schnitt mit 34 von 100 möglichen Punkten und Demokraten die Republikaner mit 28 – doch beide Seiten glauben, von der Gegenseite noch deutlich schlechter bewertet zu werden. Diese Fehleinschätzung führt dazu, dass Menschen sozial auf Distanz gehen, sei es bei der Wahl von Ärzten, Lehrern oder potenziellen Schwiegerkindern.

Nicht nur die persönliche Ablehnung, sondern – drittens – auch die Unterschiede in Sachfragen werden übertrieben wahrgenommen. Bei Themen wie Einwanderung oder Waffenkontrolle glauben sowohl Republikaner als auch Demokraten, dass die Gegenseite extremere Positionen vertritt, als es in Wahrheit der Fall ist. So schätzten Republikaner, dass Demokraten für nahezu offene Grenzen eintreten (9 von 100 Punkten), während der reale Wert mit 35 deutlich moderater ausfällt. Ähnliche Fehleinschätzungen gibt es bei der Waffengesetzgebung.

Welche Maßnahmen helfen gegen politische Feindseligkeit, undemokratische Einstellungen und die Zustimmung zu Gewalt?

Voelkel, Jan u. a.: Megastudy testing 25 treatments to reduce antidemocratic attitudes and partisan animosity, in: Science 386(4764) (2024).

Eine „Megastudie“, an der 85 Wissenschaftler beteiligt waren, untersuchte Maßnahmen gegen parteipolitische Feindseligkeit in den USA, die Unterstützung undemokratischer Praktiken und die Befürwortung politischer Gewalt. Von insgesamt 252 Ideen aus verschiedenen Fachbereichen testeten die Forscher die 25 vielversprechendsten Maßnahmen an über 32.000 Studienteilnehmern in den Vereinigten Staaten.

Ganze 23 davon reduzierten die Feindseligkeit zwischen Menschen mit unterschiedlichen politischen Ansichten – einige sogar erheblich, um bis zu 10,5 Prozentpunkte. Besonders wirksam waren Ansätze, die Gemeinsamkeiten zwischen politischen Lagern betonten oder Fehleinschätzungen über die Ansichten der Gegenseite korrigierten. Ein Beispiel: Die Teilnehmer wurden gefragt, inwieweit der politische Gegner undemokratische Maßnahmen befürwortet, erfuhren aber aufgrund von zuvor erhobenen Umfrageergebnissen, dass die Anhänger der anderen Partei demokratischer sind, als sie dachten.

Dies ist zugleich eine von sechs Maßnahmen, die die Unterstützung für undemokratische Praktiken teilweise um bis zu sechs Prozentpunkte reduzierten, beispielsweise durch Aufklärung über die tatsächlichen Folgen eines Zusammenbruchs der Demokratie. In einem weiteren Experiment sahen die Studienteilnehmer ein Video über Unruhen und polizeiliche Unterdrückung in mehreren Ländern, in denen die Demokratie zusammengebrochen war, darunter auch Szenen des Sturms auf das US-Kapitol im Jahr 2021. Anschließend beantworteten die Probanden Fragen dazu, wie sie die Demokratie schützen könnten.

Die genannten Experimente waren wiederum Teil von insgesamt fünf identifizierten Maßnahmen, die statistisch die Zustimmung zu politischer Gewalt um bis zu drei Prozentpunkte senkten, darunter ein Experiment mit Videos, in denen Politiker beider Lager für faire Wahlen und friedliche Machtwechsel warben.



Was im Experiment wirksam war

1

Correcting democracy misperceptions

Die Teilnehmer wurden gefragt, inwieweit der politische Gegner undemokratische Maßnahmen unterstützt, und erfuhren dann durch Umfragen das tatsächliche Ausmaß dieser Unterstützung, das weit unter ihrer eigenen Einschätzung lag.

2

Correcting division misperceptions

Die Teilnehmer sahen ein Video, in dem sowohl Demokraten als auch Republikaner zu Wort kamen. Die Teilnehmer stellten fest, dass die andere Seite in Bezug auf Einwanderung und Entmenschlichung viel gemäßiger war, als sie zunächst angenommen hatten.

3

Pro-democracy bipartisan elite cues

Die Teilnehmer sahen einen Werbespot der beiden Gouverneurskandidaten für Utah von 2020, eines Demokraten und eines Republikaners, in dem beide betonten, wie wichtig es sei, das Wahlergebnis zu akzeptieren und einen friedlichen Machtwechsel zu gewährleisten.

4

Common national identity

Die Teilnehmer lasen davon, dass Demokratie wichtig für den Erfolg Amerikas ist und dass Demokraten und Republikaner eine gemeinsame Identität haben, die die Unterstützung der Demokratie und die Ablehnung von Gewalt beinhaltet.

5

Democratic collapse threat

Die Teilnehmer sahen ein Video, das Unruhen und Polizeigewalt in Ländern zeigte, in denen die Demokratie zusammengebrochen ist, sowie Bilder vom Sturm auf das Kapitol in Washington im Januar 2021. Anschließend wurden sie gefragt, wie ihrer Meinung nach die Demokratie geschützt werden könnte.

Abbau der
parteilichen
Feindseligkeit

Abbau der Unterstützung
für undemokratische
Praktiken

Abbau der
Unterstützung
für Gewalt



unklar



wirksam

bewirkt das
Gegenteil

Was im Experiment wirksam war

6

Sympathetic personal narratives

Die Teilnehmer sahen fünf kurze Videos, in denen Menschen erzählten, was andere an ihnen vermissen könnten. Anschließend sahen sie ein weiteres Video, das zeigte, wie die Demokratie Menschen mit unterschiedlichen Meinungen zusammenbringt.

7

Pro-democracy inparty elite cues

Die Teilnehmer lasen einen Artikel, in dem ein Parteivorsitzender zitiert wurde, der sich gegen Gewalt und antidemokratische Handlungen aussprach. Darin stand auch, dass über 90 Prozent der Mitglieder seiner Partei ähnliche Werte teilen und Gewalt und demokratiefeindliche Handlungen ablehnen.

8

Outpartisans' willingness to learn

Die Teilnehmer lasen eine Nachricht und die Umfrageantworten eines Anhängers der gegnerischen Partei, der seine Bereitschaft zeigte, die gegensätzlichen Standpunkte besser verstehen zu wollen. Anschließend antworteten die Teilnehmer auf die Nachricht.

9

Befriending meditation

Die Teilnehmer hörten eine Audioaufnahme. Der Vortrag betonte, wie wichtig es ist, freundlich zu sich und anderen zu sein.

10

Bipartisan joint trivia quiz

Die Teilnehmer spielten ein gemeinsames Ratespiel, bei dem sie besser abschnitten, wenn sie Antworten verwendeten, die von ihrem Gegenüber mit einer anderen parteipolitischen Ausrichtung geteilt wurden.

**Abbau der
parteilpolitischen
Feindseligkeit**

**Abbau der Unterstützung
für undemokratische
Praktiken**

**Abbau der
Unterstützung
für Gewalt**



Was im Experiment wirksam war

11

Correcting opportunism misperceptions

Die Teilnehmer sahen ein Video, in dem sowohl Demokraten als auch Republikaner zu Wort kamen. Die Teilnehmer stellten fest, dass die andere Seite in Bezug auf Einwanderung und Entmenschlichung viel gemäßiger war, als sie zunächst angenommen hatten.

12

Correcting oppositional misperceptions

Die Teilnehmer wurden gefragt, wie viele Menschen aus der gegnerischen Partei sich gesetzeswidrig verhalten würden, wenn sie damit ihrer eigenen Partei helfen könnten. Danach erfuhren sie, wie der politische Gegner im Durchschnitt auf solche Vorschläge reagiert hatte.

13

Correcting policy misperceptions chatbot

Die Teilnehmer kommunizierten mit einem Chatbot und tippten dann, wie Demokraten und Republikaner zu verschiedenen politischen Themen stehen. Anschließend erfuhren sie, wie unterschiedlich die beiden Parteien tatsächlich sind.

14

Common economic interests

Die Teilnehmer sahen ein Video, das zeigte, dass wirtschaftliche Interessen viele Amerikaner über politische Unterschiede hinweg verbinden und die Superreichen von beiden Parteien als „gemeinsamer Feind“ gesehen werden.

15

Common exhausted majority identity

Die Teilnehmer erfuhren, dass Massenmedien die Spaltung zwischen den Menschen verstärken. Sie erfuhren auch, dass viele Demokraten und Republikaner zu einer Mehrheit gehören, die gegen diese Spaltung ist.

**Abbau der
parteilichen
Feindseligkeit**

**Abbau der Unterstützung
für undemokratische
Praktiken**

**Abbau der
Unterstützung
für Gewalt**



Was im Experiment wirksam war

16

Counterfactual partisan selves

Die Teilnehmer erfuhren, dass das Umfeld und die Erlebnisse im Leben die politischen Überzeugungen der Menschen beeinflussen. Sie äußerten ihre Meinung zu Streitfragen und beantworteten dann dieselben Fragen erneut, als ob sie unter anderen Umständen aufgewachsen wären.

17

Democratic system justification

Die Teilnehmer lasen einen Artikel darüber, wie die USA und die Amerikaner niemals die Prinzipien aufgeben, die das Land stark gemacht haben, und erfuhren, dass die Amerikaner den Werten Demokratie, Höflichkeit und Respekt treu bleiben.

18

Describing a likable outpartisan

Die Teilnehmer sollten über eine Person der anderen Partei schreiben, die sie mögen und respektieren.

19

Moral similarities and differences

Die Teilnehmer lernten durch das Lesen eines Textes, dass alle Menschen sechs moralische Grundlagen haben – sie lasen aber auch, dass Menschen diese moralischen Grundlagen je nach Thema unterschiedlich anwenden.

20

Outpartisans' experiences of harm

Die Teilnehmer lasen, dass Anhänger der konkurrierenden Partei ihre Ansichten oft auf der Grundlage schwieriger persönlicher Erfahrungen bilden. Zum Beispiel lasen die republikanischen Teilnehmer eine Geschichte über jemanden, der gegen Waffen ist, weil einer seiner Freunde von jemandem getötet wurde, der eine Waffe besaß.

**Abbau der
parteilpolitischen
Feindseligkeit**

**Abbau der Unterstützung
für undemokratische
Praktiken**

**Abbau der
Unterstützung
für Gewalt**



Was im Experiment wirksam war

21

Party overlap on policies

Die Teilnehmer gaben ihre Meinung zu acht verschiedenen politischen Themen ab. Nach jeder Antwort wurde ihnen gezeigt, wie ähnlich die Ansichten von Demokraten und Republikanern zu diesem Thema oft sind.

22

Positive contact video

Die Teilnehmer sahen ein Video, in dem sich zwei Briten trotz politischer Meinungsverschiedenheiten gut verstehen. Wer die Fragen zum Video richtig beantwortete, konnte das Video mit jemandem aus der anderen Partei teilen.

23

Utility of outparty empathy

Die Teilnehmer lasen, dass Einfühlungsvermögen gegenüber Menschen anderer politischer Überzeugung helfen kann, weil dann auch die eigene Seite überzeugender und beliebter wird.

24

Political violence inefficacy

Die Teilnehmer lasen einen Artikel, der zeigte, dass friedliche Proteste in der Geschichte oft erfolgreicher waren als gewalttätige, wenn es darum ging, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

25

Reducing outpartisan electoral threat

Die Teilnehmer erfuhren, wie ihre Partei die amerikanische Politik heute und in absehbarer Zukunft dominiert.

Abbau der
parteilpolitischen
Feindseligkeit

Abbau der Unterstützung
für undemokratische
Praktiken

Abbau der
Unterstützung
für Gewalt



Inklusives Bildungsumfeld stärkt Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus

Sjøen, Martin M.; Jore, Sissel H.: Preventing extremism through education: exploring impacts and implications of counter-radicalisation efforts, in: Journal of Beliefs & Values 40 (3), S. 269-283 (2019).

Die Rolle der Bildung bei der Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus ist ein vielschichtiges Thema, das weit über reine Wissensvermittlung hinausgeht. Pädagog:innen spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Die Wissenschaftler Martin Sjøen und Sissel Jore haben die Erkenntnisse aus 23 Forschungsarbeiten zusammengetragen, die sich mit der Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus im Bildungsbereich befassen. Dabei unterscheiden sie drei Ebenen der Prävention. Die primäre – und laut den Autoren am weitesten verbreitete – Form zielt auf die gesamte Schülerschaft ab, indem den Jugendlichen grundlegende Werte wie kritisches Denken vermittelt und so ihre Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus gestärkt wird. Die sekundäre Form richtet sich an jene Schüler:innen, die bereits Anzeichen von Radikalisierung zeigen, um deren Überzeugungen positiv zu beeinflussen. Tertiäre Präventionsmaßnahmen schließlich konzentrieren sich auf diejenigen, die sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium der Radikalisierung befinden.

Die Forscher fanden heraus: Ein inklusives und unterstützendes Bildungsumfeld, das Schüler mit extremen Ansichten nicht ausschließt, kann entscheidend dazu beitragen, extremistischen Ideologien entgegenzuwirken. Denn besonders Schüler:innen, die sich ausgegrenzt oder unzufrie-

den fühlen, sind anfälliger für radikale Ansichten. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, sei es notwendig, ihre Bedürfnisse und Sorgen ernstzunehmen und ihnen Räume für einen konstruktiven Dialog zu bieten, damit sie nicht weiter in die Radikalität driften. Der wichtigste Aspekt bei der Unterstützung von Schüler:innen beim „Verlernen“ von Extremismus ist jedoch eine beziehungsorientierte und humanistische Pädagogik, da extremistische Jugendliche vor allem unterstützende Beziehungen suchen und als Mitmenschen behandelt werden möchten. Die Einbindung aller Schüler:innen, auch jener mit extremen Ansichten, kann ein Umfeld schaffen, in dem die Widerstandsfähigkeit gegen Radikalisierung gestärkt und kritisches Denken gemeinsam erlernt wird.

Allerdings sind nicht alle Präventionsstrategien gleichermaßen effektiv: Wenn Maßnahmen zu streng oder einseitig umgesetzt werden, können sie bestehende Spannungen verstärken, anstatt sie zu lösen. Wenn Schüler:innen, insbesondere aus Minderheiten, das Gefühl haben, überwacht zu werden, weil Lehrer:innen angehalten sind, gefährdete Schüler:innen zu melden, könnten sie sich aus Angst vor Stigmatisierung aus dem schulischen Leben zurückziehen. Härtere polizeiliche Maßnahmen, wie Profiling, Überwachung und eine Null-Toleranz-Strategie insbesondere gegenüber muslimischen Schüler:innen können selbst zuvor Nichttradikale in Richtung Extremismus drängen. Dies zeigt, dass jede Strategie sorgfältig durchdacht werden muss, um unbeabsichtigte negative Effekte zu vermeiden, die im Widerspruch zu Inklusion und Toleranz stehen. Pädagog:innen müssen die Sicherheit und das Vertrauen besitzen, kontroverse Themen offen zu diskutieren. Fehlt es an dieser Sicherheit, kann es aus Angst zu Selbstzensur kommen – ein Zustand, der den kritischen Diskurs in Klassenzimmern hemmt und somit die Möglichkeit nimmt, extremistische Erzählungen sachlich zu hinterfragen. Ein ganzheitlicher, inklusiver Ansatz, der einen offenen Dialog fördert und den gesellschaftlichen und politischen Kontext berücksichtigt, ist dabei entscheidend.

Der Einfluss der Familie ist groß

Zych, Izabela; Nasaescu, Elena: Is radicalization a family issue? A systematic review of family-related risk and protective factors, consequences, and interventions against radicalization, in: Campbell Systematic Reviews 18(3) (September 2022).

Radikalisierung hat nicht nur eine gesellschaftliche oder politische, sondern auch eine familiäre Dimension. Stabile Beziehungen, offene Kommunikation und gemeinsame Aktivitäten können als wirksame Schutzmechanismen gegen extremistische Einflüsse fungieren. Innerfamiliäre Konflikte können jedoch auch zum Risiko werden.

Während viele Ansätze zur Extremismusprävention auf soziale, politische oder wirtschaftliche Faktoren abzielen, rücken zwei Forscherinnen der Universität von Córdoba die Familie als zentrale Einflussgröße in den Mittelpunkt. Die Wissenschaftlerinnen haben systematisch analysiert, wie familiäre Dynamiken entweder als Schutzfaktoren gegen extremistische Ideologien wirken oder das Risiko einer Radikalisierung erhöhen können. Hierfür werteten sie die Ergebnisse von 33 Studien zu diesem Thema aus. Diese zeigen, dass Familienstrukturen eine entscheidende Rolle spielen – sowohl als vorbeugendes Element als auch als möglicher Risikofaktor.

Gewalt, Konflikte, ein niedriger sozioökonomischer Status und extremistische Einstellungen innerhalb der Familie können radikale Weltanschauungen befeuern. Größere Familien mit hohem sozioökonomischen Status und einem hohen familiären Engagement hingegen gelten als Schutz vor Radikalisierung. Kinder, die ihre Eltern als unterstützend und präsent wahrnehmen, sind deutlich weniger anfällig für extremistische Ideologien. Insgesamt ist ein höheres familiäres Engagement mit einer geringeren Radikalisierung der Kinder verbunden.

Konflikte innerhalb der Familie können die Ausbildung extremistischer Einstellungen fördern, aber auch selbst durch die Radikalisierung erst entstehen. Als Risikofaktoren für die Entwicklung radikaler Einstellungen gelten neben innerfamiliärer Gewalt und Missbrauch auch einschneidende Ereignisse wie Haftstrafen oder der Tod eines Familienmitglieds. Eng damit verknüpft ist die Qualität der familiären Kommunikation: Ein offener Austausch über politische und gesellschaftliche Themen sowie eine demokratische Erziehung unterstützen die Widerstandsfähigkeit gegenüber radikalen Ansichten. Fehlen dieser Dialog und eine angemessene Reaktion der Eltern, kann dies jedoch eine Radikalisierung begünstigen. Ständige Spannungen oder das Gefühl, nicht gehört zu werden, treiben manche Jugendliche dazu, Zugehörigkeit und Bestätigung außerhalb des familiären Umfelds zu suchen – häufig bei Gruppen, die ihre Frustrationen gezielt ausnutzen.

Anstatt Radikalisierung als rein gesellschaftspolitisches oder sicherheitsbezogenes Problem zu betrachten, verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Familie einen entscheidenden Einfluss auf die Ausbildung radikaler Ansichten hat. Maßnahmen zur Stärkung familiärer Bindungen können einen nachhaltigen Schutz bieten.

Gesunde Beziehungen helfen Jugendlichen gegen Radikalisierung

Puigvert, Lidia u. a.: Grassroots community actors leading the way in the prevention of youth violent radicalization, in: PLoS One 15(10) (2020).

Lokale Akteure wie Vereine und Organisationen können durch ein inklusives Klima Jugendliche vor dem Abdriften in die Radikalität bewahren. Basierend auf einer klaren Ablehnung von Gewalt gelten dabei als Erfolgsfaktoren: Die Einbindung von Schlüsselpersonen aus Gesellschaft und Familie, die Entglorifizierung von Gewalt sowie die Förderung gesunder Freundschaften.

Radikalisierung ist ein komplexer und vielschichtiger Prozess, der durch eine Vielzahl von individuellen, sozialen und politischen Faktoren beeinflusst wird. Das macht es schwierig, allgemeingültige Präventionsstrategien zu entwickeln. Spanische Forscherinnen haben die Rolle von Akteuren im unmittelbaren Umfeld bei der Prävention von gewalttätiger Radikalisierung untersucht.

Wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt unter Jugendlichen finden in erster Linie „an der Basis“ statt. Sie dienen dazu, Vertrauen aufzubauen, und stellen gesunde Beziehungen und die Ablehnung von Gewalt in den Vordergrund. Akteure wie Sportvereine, Bildungseinrichtungen und andere Organisationen können dabei oft besser zur Verhinderung von Jugendgewalt und Radikalisierung beitragen als von oben diktierte Maßnahmen, da sie dichter an den Jugendlichen dran sind. Wie? Indem ein unterstützendes und inklusives Umfeld geschaffen wird, das Jugendliche vor den Einflüssen extremistischer Ideologien schützt und ihnen hilft, positivere Lebenswege zu finden. Gewaltfreie familiäre Bindun-

gen, gewaltfreie Gleichaltrige oder die Bindung an die Gesellschaft werden von der internationalen Forschung als Schutzfaktoren gegen verschiedene Arten von Extremismus und Radikalisierung genannt.

Wichtig dabei: Die falsche Anziehungskraft von Gewalt und gewalttätigen Personen zu entlarven, indem sie als feige und nicht als heldenhaft dargestellt werden. Dies gelingt laut den Autorinnen am besten, wenn alle Beteiligten zusammenarbeiten, die Gewalt ablehnen, und gleichzeitig kulturelle Vielfalt und Gleichberechtigung gelebt werden. Ein weiterer erfolgversprechender Ansatz ist es, Jugendliche zu ermutigen, kritisch über Freundschaften nachzudenken und zu erkennen, welche Beziehungen gesund und welche toxisch sind. Darüber hinaus sind rechtzeitige und gemeinsame Interventionen aller Beteiligten bei beginnender Radikalisierung von entscheidender Bedeutung, insbesondere an wichtigen Wendepunkten im Leben von Jugendlichen, um sie von gewalttätigen Pfaden abzubringen und ihnen zu helfen, ungesunde Beziehungen zu erkennen.

Jedoch können gut gemeinte Maßnahmen gegen Gewalt auch das genaue Gegenteil bewirken: Negative Auswirkungen bestehender Strategien gegen Radikalisierung, wie beispielsweise die Stigmatisierung bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen und unbeabsichtigte Folgen polizeilicher Maßnahmen, können zur weiteren Radikalisierung beitragen, anstatt sie zu verhindern. Präventionsstrategien wie polizeiliche Überwachung und Durchsuchungen können das Gefühl der Kriminalisierung und des Misstrauens in den betroffenen Gemeinschaften verstärken und somit ebenso kontraproduktiv wirken – vor allem dann, wenn auch die Angehörigen der Verdächtigen von den Behörden wie Kriminelle behandelt werden. Aber auch die Art und Weise, wie Medien über Terrorismus und Radikalisierung berichten, kann Vorurteile verstärken und die Präventionsarbeit erschweren.

Dagegenhalten bis es wirkt

Ellinas, Antonis; Lamprianou, Iasonas: Societal Responses to Right-Wing Extremism: Antifascist Mobilisation against Golden Dawn in Greece, in: *South European Society and Politics* 26(4), S. 437-464 (2024).

Können antifaschistische Aktionen Rechtsextremismus stoppen? Griechische Forschende haben die Auswirkungen antifaschistischer Mobilisierung auf die Entwicklung der neofaschistischen und rechtsextremen Partei *Goldene Morgenröte* in ihrem Land untersucht. Interviews mit den Aktivisten zeigten: Die Demonstrierenden waren von der Wirksamkeit ihrer Aktionen überzeugt. Aufgrund von angedrohten Gegenprotesten seien Kundgebungen und Veranstaltungen der Partei abgesagt worden. Ein Interviewpartner beschrieb es folgendermaßen: „Die Leute meiden es, zu den Veranstaltungen zu gehen, weil sie befürchten, beschimpft zu werden. Der Gegenprotest sorgt für ein angespanntes Klima. Viele haben Angst, dass ihre Nachbarn den Kontakt abbrechen, wenn sie teilnehmen.“

Doch eine Auswertung der Aktivitäten der Goldenen Morgenröte zwischen 2006 und 2020 zeigt, dass die subjektive Wahrnehmung der Aktivisten nicht mit der Realität übereinstimmt. Zwar schwand das Netz der Parteibüros zwischen 2007 und 2019, die Mitglieder der Partei blieben jedoch weiterhin aktiv.

Ein Hinweis darauf, dass die Proteste sinnlos waren? Keineswegs. Der wichtigste Effekt der antifaschistischen Aktionen war indirekt: Sie beeinflussten, wie politische und institutionelle Akteure mit der Partei umgingen. Auf lokaler Ebene bedeutete das beispielsweise, dass Behörden der Partei öffentliche Ressourcen wie Gelder oder öffentliche Flächen verweigerten, dass Gemeinden dazu aufriefen, an Demos gegen Neonazis teilzunehmen, oder dass die örtliche Polizei Veranstaltungen auflöste.

Einer der bekanntesten Fälle: 2013 plante die Goldene Morgenröte in der Stadt Kalamata ein Festival, das auch internationales Interesse weckte. Regionale und lokale Behörden hatten der Partei eine Genehmigung für die Nutzung eines öffentlichen Parks erteilt, zogen diese aber, nachdem rund 2.500 Menschen gegen das Festival protestiert hatten, wieder zurück. Die Rechtsextremisten mussten die Veranstaltung absagen.

Auch auf nationaler Ebene fand ein Umdenken statt. In den späten 2000er- und frühen 2010er-Jahren wurde der griechischen Polizei vorgeworfen, die brutale Selbstjustiz der Goldenen Morgenröte bis hin zu versuchtem Mord zu tolerieren oder sich sogar daran zu beteiligen. Antifaschistische Proteste setzten die Behörden zunehmend unter Druck, ihre Haltung gegenüber der Partei zu ändern. Die Ermordung des linken Sängers und Aktivisten Pavlos Fyssas brachte das Fass im September 2013 zum Überlaufen. Massive Demonstrationen zwangen die Behörden zu schnellem Handeln: Die Goldene Morgenröte wurde als kriminelle Organisation eingestuft, die für Dutzende Gewaltverbrechen, darunter zwei Morde, verantwortlich war. 2020 kam es, nach langen Gerichtsverfahren, zu Verhaftungen führender Parteimitglieder. Ein Parteiverbot, wie es für die AfD im Gespräch ist, gab es trotzdem nicht. Dies ist in Griechenland – im Gegensatz zu Deutschland – verfassungswidrig.

Demokratiedemos führten zu mehr Engagement

Wienkoop, Nina-Kathrin u. a.: „Ohne Demokratie ist alles nichts.“
Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste
gegen Rechtsextremismus im Juni 2024, Bonn 2024.

Anfang 2024 erschütterten die Enthüllungen über das Potsdamer Geheimtreffen und die „Remigrations“-Pläne der rechtsextremen Teilnehmer:innen Deutschland. Daraufhin gingen Hunderttausende auf die Straße. Es waren die größten prodemokratischen Proteste in der Geschichte des Landes. Doch welche nachhaltigen Veränderungen haben diese mit sich gebracht?

Antwort darauf suchte das Institut für Protest- und Bewegungsforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni 2024. Die Forschenden interviewten 534 Teilnehmer:innen an Demos gegen Rechts in Hamburg und Dresden. Das Ergebnis: Die Proteste haben nicht nur die Aufmerksamkeit auf rechtsextreme Gefahren gelenkt, sondern auch das politische und zivilgesellschaftliche Engagement vieler Menschen verändert.

Gut die Hälfte der Befragten (53 Prozent) gab an, seit den Januar-Demonstrationen häufiger politische Diskussionen zu führen. Ein Drittel nimmt aktiver an Protesten teil und fast jede:r Vierte (23 Prozent) greift bei Diskriminierungen im Alltag schneller ein. Die Proteste stärken auch das Gefühl der Selbstwirksamkeit. Über drei Viertel der Befragten gaben an, sich als Teil einer größeren Bewegung zu fühlen. Die Teilnahme an den Protesten wirke als „kollektive Selbstermächtigung“ und stärke gleichzeitig ein „demokratisches Wir-Gefühl“.

Obwohl nur acht Prozent der Befragten daran glauben, Menschen in ihren rechtsextremen Einstellungen wirklich umstimmen zu können, ist die Stimmung hoffnungsvoll: die mediale Aufmerksamkeit sei wichtig. Aber vor allem gehe es darum, ein Zeichen zu setzen, darin sind sich 87 Prozent der Protestierenden einig.

Aus den Demonstrationen heraus entstanden zivilgesellschaftliche Strukturen und Bündnisse, die bis heute bestehen und sich deutschlandweit für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Viele Menschen unterzeichneten Petitionen, zeigten verstärkt Zivilcourage und engagierten sich in Vereinen. Die Protestierenden forderten nicht nur von der Politik Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, sondern sahen auch das Bildungssystem und die Zivilgesellschaft in der Verantwortung.

Fünf Faktoren gegen die Radikalisierung von Jugendlichen

Juanatey Garcia, Ana u. a.: El extremismo de derecha entre la juventud española: Situación actual y perspectivas (November 2020).

Immer mehr junge Menschen wählen rechts. Ein Beispiel: Die spanische Partei *Vox*. Die rechtsextreme Bewegung vereint die neofaschistische Tradition mit der neuen, radikalen Rechten – und ist besonders bei jungen Menschen beliebt. Forschende des spanischen Jugendinstituts haben dieses Phänomen nun untersucht. Warum identifizieren sich Jugendliche mit radikalen Ideologien und welche Strategien zur Deradikalisierung sind besonders wirksam?

Vox präsentiert sich nach außen als systemfreundliche Partei, die demokratische Institutionen respektiert und Gewalt als politisches Mittel ablehnt. Gleichzeitig spricht sie jedoch den natürlichen Drang der Jugend an, sich gegen Autoritäten und den breiten gesellschaftlichen Konsens zu stellen. Das macht die Partei vor allem für junge Menschen mit widersprüchlichen Einstellungen attraktiv. Ein Schlüssel dabei: die Sozialen Medien. Über Plattformen wie Tiktok, Telegram und Whatsapp verbreitet *Vox* einprägsame, emotionale Botschaften, die die jungen Nutzer:innen ungefiltert erreichen und ihre Meinung zu politischen Themen beeinflussen soll. Parallel dazu wird die Organisationsstruktur der Partei gezielt weiterentwickelt, um junge Menschen systematisch an sich zu binden.

Doch wie kann man dieser Entwicklung entgegenwirken? Die Studie identifiziert Schlüsselfaktoren, die zur Radikalisierung junger Menschen führen, und beschreibt mehrere wirksame Ansätze, um sie zu verhindern:

Soziales Umfeld: Freund:innen und Familie tragen maßgeblich dazu bei, ob und wie sich Jugendliche auflehnen und radikalieren. Aber nicht nur das: Jugendidole wie Youtuber:innen, Popstars und Influencer:innen können extremistische Ansichten bei jungen Menschen verstärken. Insbesondere bekannte Musiker:innen haben mit ihren Songtexten eine große Reichweite. Normalisiert die Musik beispielsweise frauenfeindliche Werte, kann das bei Jugendlichen zu einer entmenschlichenden Wahrnehmung von Frauen führen.

Sozioökonomische Ungleichheit: Expert:innen streiten darüber, inwieweit wirtschaftliche und soziale Benachteiligung rechte Ideologien fördert. Einige sind der Meinung, dass niedrige Löhne, wachsende Ungleichheit und Wohnungsnot der ideale Nährboden für Rechtsextremismus seien. Dagegen spricht, dass Menschen aus allen Schichten an Versammlungen von Vox teilnehmen.

Menschenrechtsbildung: Jugendliche sollten mehr über die Bedeutung der Menschenrechte lernen. Das könnte helfen, Vorurteile abzubauen und demokratische Werte und Vielfalt zu schätzen und zu verteidigen.

Gemeinschaft und Zusammenhalt: Ein wichtiger Punkt in der Extremismusprävention könnten interkulturelle Räume sein, in denen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und sozialen Schichten miteinander in Kontakt treten. Solche Begegnungsorte fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und dämpfen Radikalisierung ein.

Toleranz und Vielfalt fördern: Expert:innen betonen die Wichtigkeit einer inklusiven und toleranzfördernden Kommunikationsstrategie. Anstatt Kampagnen gegen Rassismus zu führen, sollten Minderheiten integriert und Vorurteile abgebaut werden.

Die Radikalisierung von Jugendlichen ist kein unvermeidbares Phänomen. Mit gezielten Bildungsstrategien, der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Verbesserung der Lebensbedingungen lassen sich rechts-extreme Tendenzen wirksam eindämmen.

Längerer Kontakt zu Geflüchteten kann das Wahlergebnis rechtsextremer Parteien verringern

Steinmayr, Andreas: Contact versus Exposure: Refugee Presence and Voting for the Far Right, in: The Review of Economics and Statistics 103(2), S. 310-327 (2021).

Rickardsson, Jonna: Exposure to Refugees and Voting Behavior: A Spatial Analysis, auf: papers.ssrn.com (2024).

Andreas Steinmayr von der Universität Innsbruck hat untersucht, ob der Kontakt zu Geflüchteten die Neigung, rechtsextreme Parteien zu wählen, beeinflusst. Dabei lag sein Fokus auf Oberösterreich, wo im September 2015 – auf dem Höhepunkt der Geflüchtetenkrise – Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen stattfanden. Bei den Landtagswahlen erhielt die rechtsextreme FPÖ doppelt so viele Stimmen wie beim vorigen Urnengang 2009.

Der Wirtschaftswissenschaftler untersuchte zwei Arten von Kontakt: Zum einen denen zu Geflüchteten, die nur auf der Durchreise waren, und zum anderen zu Asylsuchenden, die in österreichischen Unterkünften blie-

ben. Gemeinden nahe der deutschen Grenze erlebten damals einen kurzfristigen, aber intensiven Kontakt mit Geflüchteten, die nur wenige Stunden in Österreich verweilten, bevor sie nach Deutschland weiterzogen. Andere Gemeinden nahmen Asylsuchende über längere Zeit auf, wodurch direkter und anhaltender Kontakt mit der örtlichen Bevölkerung entstand. In diesen Gemeinden förderten zudem lokale Behörden und NGOs den Austausch zwischen Einheimischen und Asylsuchenden.

In Gemeinden, in denen die Bevölkerung die Geflüchteten nur auf der Durchreise erlebte, stieg der Stimmenanteil für die FPÖ um knapp 1,5 Prozentpunkte. Das legt nahe, dass ein kurzzeitiger, unpersönlicher Kontakt eher Feindseligkeit hervorrufen kann. Steinmayr zufolge wurde dort das Vorbeiziehen einer großen Zahl von Geflüchteten als eine Störung des Alltags und der sozialen Ordnung empfunden und erzeugte ein Bedrohungsgefühl. In Gemeinden dagegen, in denen Geflüchtete über einen längeren Zeitraum blieben und sich direkte Kontakte ergaben, gingen die FPÖ-Stimmen um fast vier Prozentpunkte zurück. Dieses Ergebnis unterstützt die sogenannte Kontakthypothese, die besagt, dass direkter Kontakt zwischen Gruppen Vorurteile abbauen kann.

Auch die schwedische Ökonomin Jonna Rickardsson untersuchte in ihrer Doktorarbeit, ob das unerwartete Auftauchen von Geflüchtetenlager die Wahlergebnisse einer rechtspopulistischen Partei, der Schwedendemokraten, veränderte. Die Forscherin aus Jönköping analysierte Wahlkreisdaten aus den Jahren 2010, 2014 und 2018, Register zu Geflüchtetenunterkünften sowie demografische und sozioökonomische Daten. Ihr Ergebnis: Im Jahr 2014 führte das Erleben von Geflüchtetenunterkünften zu einem signifikanten Anstieg der Unterstützung für die Schwedendemokraten, während 2018 die Unterstützung wieder sank. Auch dieses Resultat stimmt mit der Kontakthypothese überein: Längerer Kontakt kann Vorurteile abbauen.

Eltern beeinflussen indirekt die Radikalisierung und Deradikalisierung ihrer Kinder

Sikkens, Elga u. a.: Parental Influence on Radicalization and De-radicalization According to the Lived Experiences of Former Extremists and Their Families, in: Journal for Deradicalization 12, S. 192-226 (2017).

Der Frage, ob Eltern die Radikalisierung beziehungsweise Deradikalisierung ihrer Kinder beeinflussen können, haben sich Forschende der Universitäten Utrecht und Rotterdam gewidmet. Dafür wurden elf ehemalige Anhänger extremistischer Gruppierungen in den Niederlanden befragt – fünf mit rechtsextremen Ansichten, drei radikale Tierschützer und drei frühere Islamisten. Zusätzlich wurden auch Familienmitglieder wie Eltern und Geschwister interviewt.

Die Studie zeigt, dass Eltern kaum einen direkten Einfluss auf die Radikalisierung ihrer Kinder haben: In den meisten Fällen übernahmen die Kinder diese Ideen nicht direkt von ihren Eltern. Stattdessen spielt ein indirekter Einfluss eine wichtige Rolle: Instabile Familienverhältnisse können als „fruchtbarer Boden“ für Radikalisierung dienen, da sie Jugendliche anfälliger für solche Ideen machen. Allerdings führen instabile Familienverhältnisse allein nicht zu Radikalisierung – es bedarf auch des direkten Kontakts mit extremistischen Ideologien.

Auch bei der Deradikalisierung zeigt sich, dass Eltern keinen direkten Einfluss ausüben. Die meisten ehemaligen Extremist:innen nannten als Gründe für ihren Ausstieg Faktoren wie Strafverfolgung, Inhaftierung, den Einfluss von Freund:innen oder Partner:innen oder ihre persönliche Reifung. Dennoch spielten die Eltern eine indirekte Rolle. So sagten die Aussteiger:innen, dass sie die von ihren Eltern vorgebrachten Gegenargumente verinnerlicht und zu Beginn ihres Deradikalisierungsprozesses gebraucht hätten. Außerdem gaben sie an, dass die familiäre Unterstützung ihnen beim Ausstieg half.

Aufklärung durch Aussteiger kann Jugendlichen helfen, Gewalt abzulehnen und Extremismus besser zu erkennen

Gansewig, Antje; Walsh, Maria: Preventing Violent Extremism with Former Extremists in Schools: A Media Analysis of the Situation in Germany, in: *Terrorism and Political Violence* 35(1), S. 47-64 (2023).

Parker, David; Lindekilde, Lasse: Preventing Extremism with Extremists: A Double-Edged Sword? An Analysis of the Impact of Using Former Extremists in Danish Schools, in: *Education Sciences*, 10(4) (2020).

Eine dänische Studie hat ein Präventionsprogramm untersucht, bei dem ehemalige Extremist:innen – aus dem islamistischen, rechtsextremen und linksextremen Spektrum – als Aufklärer:innen in Schulen, Jugendzentren und Theatern eingesetzt wurden. In Zusammenarbeit mit einer Theatergruppe erzählten sie ihre Lebensgeschichten, anschließend folgten Workshops. Insgesamt nahmen 1.931 Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren teil. Um den Einfluss auf die Jugendlichen zu messen, wurde eine Gruppe vor der Maßnahme, die andere danach befragt. Die Forscher definierten in Gesprächen mit den Veranstaltern die Ziele des Projekts und werteten aus, ob sie erreicht wurden.

Die Ergebnisse zeigen, dass nach den Erfahrungsberichten der ehemaligen Extremist:innen die Akzeptanz politischer Gewalt deutlich sank. Vor dem Präventionsprogramm hielten rund 34 Prozent der Jugendlichen Gewalt etwa gegen Politiker:innen für legitim, danach waren es nur noch knapp 9 Prozent. Dieser Effekt war bei den 13- bis 16-Jährigen besonders ausgeprägt. Auch die Fähigkeit, extremistisches Rekrutierungsverhalten zu erkennen, verbesserte sich insbesondere bei den jüngeren Teilnehmenden.

Jugendliche, die bereits Extremismuserfahrungen gemacht hatten, taten sich jedoch schwerer damit, Rekrutierungstechniken zu erkennen. Zudem fühlten sich die Teilnehmenden nach dem Programm sicherer darin, extremistische Ideen zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren. Dabei war die Wirkung bei jenen besonders stark, die bereits mit Extremismus in Berührung gekommen waren. Gleichzeitig sank die politische Toleranz, was darauf hindeutet, dass die Lebensgeschichten eher die Gefahren extremistischer Gruppen betonten, als Toleranz zu fördern.

Eine andere Untersuchung sieht den Einsatz von Aussteigern in Schulen kritischer. Darin wurden 151 Zeitungsartikel zu 133 Schulvorträgen ehemaliger Extremisten in Deutschland zwischen 2001 und 2019 analysiert. Den Autorinnen zufolge waren nicht alle von ihnen vollständig deradikaliert und einige äußerten weiterhin problematische Ansichten oder hatten die Szene unfreiwillig verlassen. Einzelne Vorträge enthielten Gewaltbeschreibungen oder abwertende Sprache. Zudem nutzten manche die Präventionsarbeit zur Selbstinszenierung oder kommerziellen Zwecken, so die Wissenschaftlerinnen.

Das Papageien-Isolations-Prinzip

Van Spanje, Joost; de Graaf, Nan D.: How established parties reduce other parties' electoral support: the strategy of parroting the pariah, in: *West European Politics* 41(1), S. 1-27 (2018).

Wie reagieren etablierte Parteien auf den Erfolg politischer Herausforderer? Forschende der Universität Oxford und der Universität Amsterdam haben zwei zentrale Strategien untersucht: das *parroting* (Nachahmen des Programms) und das Ausgrenzen einer Partei. Sie analysierten, wie wirksam – oder eben nicht – diese Taktiken im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien sind.

Parroting beschreibt eine Strategie, bei der etablierte Parteien die Positionen eines Konkurrenten übernehmen – ihnen sozusagen wie Papageien nachplappern –, um deren Wähler:innen für sich zu gewinnen. Der Gedanke dahinter: Viele Wähler:innen bevorzugen bekannte Parteien mit Regierungserfahrung, selbst wenn sie inhaltlich mit einer neuen Partei übereinstimmen. Wenn eine große Partei plötzlich dieselben Forderungen stellt wie ein Herausforderer, wechseln viele Wähler:innen zur etablierten Partei – in der Hoffnung, dass diese die Anliegen besser umsetzen kann. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit rechtspopulistischen Bewegungen in Europa: In den 2000er-Jahren übernahmen viele große Parteien Teile der Anti-Einwanderungs-Rhetorik, um Wählerstimmen zu gewinnen. Hierzu untersuchten die Wissenschaftler:innen knapp 300 Wahlergebnisse in westeuropäischen Ländern zwischen 1944 und 2011.

Die Ergebnisse der Analysen sind eindeutig: Parroting alleine funktioniert nicht. Selbst wenn etablierte Parteien zentrale Forderungen ihrer Konkurrent:innen übernehmen, führt dies nicht automatisch dazu, dass die Wähler:innen zu ihnen wechseln – denn die ursprünglichen Parteien halten ja weiterhin an ihren Überzeugungen fest.

Eine Alternative zur Nachahmung bildet die Ausgrenzung. Parteien, die ausgegrenzt werden, haben es schwer, politischen Einfluss zu gewinnen. Ein Beispiel dafür ist Wallonien, der südliche, französischsprachige Teil Belgiens. Dort wurde die rechtsextreme Partei *Vlaams Belang* durch ein formelles Abkommen der übrigen Parteien systematisch ausgegrenzt. Doch auch die Ausgrenzung reicht alleine nicht aus, um eine Partei langfristig zu schwächen. Sie kann sogar den gegenteiligen Effekt haben: Die Partei wird als Opfer des Systems wahrgenommen, was ihre Anhänger mobilisiert. Die entscheidende Erkenntnis: Erst die Kombination aus Nachahmung und Ausgrenzung – das sogenannte *parroting the pariah* – ist wirksam.

Wenn eine große Partei die Positionen einer neuen Partei übernimmt, sie aber gleichzeitig isoliert, verlieren die Wähler beide Gründe, für die Herausfordererpartei zu stimmen: Die neue Partei kann ihre Ideen nicht selbst umsetzen, weil sie politisch isoliert ist, und ihre Themen werden bereits von den etablierten Parteien aufgegriffen. Die Studie zeigt, dass diese Strategie in den untersuchten Ländern zu einem Rückgang der Wählerunterstützung führte – besonders bei rechtspopulistischen Parteien.

Warum wird diese Strategie nicht immer angewandt? Glaubwürdigkeitsprobleme spielen eine wichtige Rolle: Es ist schwierig, eine Partei als gefährlich darzustellen und gleichzeitig ihre Positionen zu übernehmen. Wähler könnten das als inkonsequent empfinden. Zudem besteht die Unsicherheit, ob in Zukunft möglicherweise doch eine politische Zusammenarbeit mit dieser Partei notwendig wird, um die eigenen Ziele zu erreichen.

Der Umgang mit extremen Parteien erfordert also eine differenzierte Strategie. *Parroting the pariah* – also nachahmen und ausgrenzen – kann dabei als wirksames Instrument dienen, um die Demokratie zu bewahren.

Von Wallonien lernen

De Jonge, Léonie: The Curious Case of Belgium: Why is There no Right-Wing Populism in Wallonia?, in: Government and Opposition 56(4), S. 598-614 (2021).

Wie verhindert man ein Erstarken rechtsradikaler Parteien? Ein Blick nach Belgien könnte Antworten liefern. Während es in Flandern – dem nördlichen, niederländischsprachigen Teil des Landes – eine der stärksten rechts-extremen Bewegungen Europas gibt, sind in Wallonien – dem südlichen, Französisch sprechenden Teil – solche Parteien bedeutungslos. Wie kommt das?

Der belgische Fall ist bemerkenswert, da herkömmliche Erklärungen, etwa sozioökonomische Gründe, hier nicht greifen. Ein zentrales Element der erfolgreichen Anti-Extremismus-Strategie in Wallonien ist vielmehr eine von den Parteien der Mitte und den Medien etablierte Brandmauer gegen Rechts. Die *Parti Socialiste* und französischsprachige Medien wie der öffentlich-rechtliche Sender *RTBF* haben seit jeher eine klare Haltung eingenommen: Rechtsradikale Parteien bekommen keinen Zugang zur politischen Bühne und keine mediale Aufmerksamkeit.

Die Medien spielten dabei eine entscheidende Rolle. RTBF und andere Medien setzten klare Richtlinien, die extremistischen Akteur:innen den Zugang zu Debatten und Öffentlichkeit systematisch verwehrten. Rechtsradikale Parteien blieben somit unsichtbar – sowohl im Alltagsdiskurs als auch während des Wahlkampfes.

Die großen wallonischen Parteien, allen voran die Sozialisten, schafften es zudem, potenzielle Wähler:innen mit nationalistischen Neigungen an sich zu binden, indem sie sich durch eine volksnahe Politik, ein linksgerichtetes Programm und die gelungene Integration von Migrant:innen die breite Unterstützung der Bevölkerung sicherten. Dadurch sank das Interesse an rechtsradikalen Parteien.

Die Ergebnisse der Studie zeigen: Nicht nur das Vorhandensein einer Brandmauer ist entscheidend, sondern auch deren konsequente Umsetzung. In Wallonien wurde frühzeitig darauf geachtet, populistisch radikalen Akteur:innen und Angeboten keinen Raum zu geben. Auch in Flandern war zunächst versucht worden, den *Vlaams Blok*, den Vorgänger des *Vlaams Belang*, eine separatistische, europaskeptische Partei, zu isolieren. Doch der zunehmende Konkurrenzdruck und die Fragmentierung des dortigen Parteiensystems führten zu einer schrittweisen Öffnung gegenüber nationalistischen Themen. Medienberichte wurden weniger restriktiv, und rechte Diskurse fanden größeren Raum in der Öffentlichkeit. Das Ergebnis? Rechtsradikale Parteien erzielten beachtliche Wahlerfolge. Der *Vlaams Belang* erreichte 2024 bei den Wahlen zum flämischen Regionalparlament 22,7 Prozent der Stimmen, während die rechtsextreme Partei *Chez Nous* im selben Jahr bei den wallonischen Parlamentswahlen nicht über 2,8 Prozent kam.

Rechtsextreme Kanäle von Youtube zu entfernen wirkt

Rauchfleisch, Adrian; Kaiser, Jonas: An analysis of YouTube and BitChute, in: *Information, Communication & Society* 27 (7), 2024, S. 1478-1496.

Die Studie untersucht, wie das Entfernen rechtsextremer Kanäle von der Videoplattform Youtube, das sogenannte Deplatforming, deren Reichweite beeinflusst. Als Beispiele wurden bekannte Fälle wie *Alex Jones*, *James Allsup* und *Red Ice TV* analysiert. Entscheidend war, ob die nach der Entfernung auf die alternative Videostreamingplattform *BitChute* umgezogenen Kanäle ihre Reichweite beibehalten oder sogar ausbauen konnten. *BitChute* gilt in rechtsextremen Kreisen als wichtiger Kanal für Nutzer:innen, die von Mainstream-Diensten verbannt wurde .

Die Ergebnisse zeigen, dass die Kanäle auf *BitChute* nur einen kleinen Teil ihrer früheren Reichweite zurückerlangen konnten. So hatte *Alex Jones*, der Gründer des rechtsextremen Verschwörungsmediums *Infowars*, vor der Löschung im August 2018 auf Youtube über 2,4 Millionen Abonnent:innen – auf *BitChute* zählte er im Juni 2021 nur noch 125.000.

Nach dem Deplatforming gab es zwar einen kurzfristigen Anstieg der Aufrufe auf *BitChute*, doch bei zwei der drei größten Kanäle war dieser Effekt nur von kurzer Dauer. Keiner der Kanäle erreichte dauerhaft die hohen Aufrufzahlen, die sie auf Youtube hatten – lediglich *Alex Jones* konnte einen längeren Anstieg verzeichnen, allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau als auf Youtube.

Maßnahmen gegen Extremismus im Gefängnis und während der Bewährung

Axelsson, Johan; Eriksson, Leni; Grip, Lina: Managing Violent Extremist Clients in Prison and Probation Services: A Scoping Review, in: Terrorism and Political Violence 36(4), S. 488-511 (2024).

Wie können gewalttätiger Extremismus in Gefängnissen und in der Bewährungszeit verhindert und der Umgang mit extremistischen Straftäter:innen verbessert werden? Hierzu analysierten Forschende der schwedischen Strafvollzugs- und Bewährungshilfe 27 Studien aus 18 Ländern, die zwischen 2018 und 2021 veröffentlicht wurden. Sie identifizierten dabei drei „weiche Ansätze“ als besonders wichtig: Aufbau von Vertrauen, Stärkung der Resilienz und Förderung der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist es entscheidend, dass zwischen extremistischen Straftätern und Justizvollzugspersonal oder Bewährungshelfern ein Vertrauensverhältnis entsteht. Dies erfordert Zeit sowie geschultes und glaubwürdiges Personal, um das Misstrauen der Extremisten gegenüber Staat und Gesellschaft abzubauen. Einige Studien betonen dabei, dass häufig auch aufseiten des Personals ein Misstrauen besteht. Das kann Vertrauensaufbau, Deradikalisierung und Rehabilitation erschweren.

Die Resilienz extremistischer Straftäter kann gestärkt werden, indem man ihr kritisches Denken fördert. So lernen sie, extremistische Ideologien zu hinterfragen und entsprechenden Narrativen zukünftig zu widerstehen. Da viele Täter unter Identitätskonflikten leiden, ist eine „Identitätsarbeit“ wichtig, um alternative gesellschaftliche Rollen zu fördern. Auch die religiöse Bildung, beispielsweise in Zusammenarbeit mit Religionsgelehrten, ist zentral – Studien zeigen, dass insbesondere dschihadistische Straftäter oft nur ein begrenztes Wissen über den Islam haben. Zudem sollten die Maßnahmen im Vollzug sowie Deradikalisierungs- und Resozialisierungsprogramme individuell zugeschnitten sein.

Für eine gelungene Resozialisierung ist neben sozialen Kontakten und beruflichen Perspektiven auch die Einbindung der Familie wichtig, um Rückfälle vorzubeugen. Allerdings besteht das Risiko, dass Familien auch radikale Überzeugungen weitergeben. Daher sollten ehemalige Extremisten während der Bewährungszeit langfristig begleitet werden und insbesondere psychologische Unterstützung erhalten.

Aufmerksamkeit, Gleichberechtigung und Respekt führen zu mehr Radikalisierungsresilienz in der Schule

Eldor, David u. a.: Resilience against radicalization and extremism in schools: Development of a psychometric scale, in: *Frontiers in Psychology* 13 (2022).

Die Studie untersucht, wie die Resilienz von Schüler:innen gegenüber Radikalisierung und Extremismus gemessen werden kann und welche Faktoren für die Widerstandsfähigkeit eine Rolle spielen. Zu diesem Zweck befragten die Forschenden 233 norwegische Schüler:innen ab 16 Jahren. Resilienz hilft dabei, auch unter schwierigen Bedingungen psychisch stabil zu bleiben und ein gefestigtes Selbstbild zu bewahren. Die Befragung der Schüler:innen ergab, dass drei Faktoren für Resilienz gegen Radikalisierung und Extremismus zentral sind: Aufmerksamkeit der Lehrkräfte, Gleichberechtigung und gegenseitiger Respekt.

Aufmerksamkeit der Lehrkräfte bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Schüler:innen das Gefühl haben, dass die Lehrer:innen auf das emotionale Wohlbefinden ihrer Schutzbefohlenen achten, insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher und politischer Frustration. Überraschenderweise ging eine höhere Aufmerksamkeit mit stärkeren Bedrohungsgefühlen, Wut und Radikalisierungsabsichten einher, was darauf hindeutet, dass Lehrkräfte möglicherweise vor allem auf bereits bestehende Probleme reagieren, anstatt diese im Vorhinein zu verhindern.

Gleichberechtigung bezieht sich darauf, inwieweit sich die Schüler:innen fair behandelt fühlen und das Schulumfeld als inklusiv und egalitär wahrnehmen. Dieser Faktor zeigte die stärkste Schutzwirkung gegen Radikalisierung. Schüler:innen, die ihre Schule als fair und gleichberechtigt empfanden, waren weniger anfällig für Risikofaktoren wie Bedrohungsgefühle und soziale Entfremdung – ein Gefühl der Bedeutungslosigkeit, das durch mangelnden gesellschaftlichen Zusammenhalt entsteht. Zudem war Gleichberechtigung mit geringeren Gewalt- und Radikalisierungsabsichten verbunden.

Gegenseitiger Respekt, verstanden als das Gefühl aller Schüler:innen, unabhängig von ihrem Hintergrund von den Lehrkräften respektiert zu werden, war mit geringeren Bedrohungsgefühlen und weniger sozialer Entfremdung verbunden. Allerdings hatte dieser Faktor keinen direkten Einfluss auf die Radikalisierungsabsichten oder Extremismusrisiken, sodass er kaum zusätzlichen Nutzen über den positiven Effekt der Gleichberechtigung hinaus bot.

Ein gesellschaftliches Klima, das Demokratie aktiv stärkt, kann Hasskriminalität eindämmen

Strobl, Rainer; Klemm, Jana; Würtz, Stefanie: Preventing Hate Crimes – Experiences from Two East-German Towns, in: *The British Journal of Criminology* 45(5), S. 634-646 (2005).

Die Studie vergleicht die ostdeutschen Kleinstädte Königsforst in Brandenburg und Steinfee in Thüringen (Städtenamen anonymisiert) hinsichtlich ihrer Strategien zur Vorbeugung von Hasskriminalität. Beide Städte waren in Größe und sozialer Struktur vergleichbar und hatten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, hoher Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus zu kämpfen. Dennoch verfolgte Königsforst einen anderen Ansatz als Steinfee, was zu deutlich besseren Ergebnissen führte.

Königsforst setzte auf die sogenannte positive Generalprävention, wonach Strafen dazu dienen, das Vertrauen der Bürger in die Rechtsordnung zu festigen: Gesetzesverstöße werden bestraft und damit symbolisch missbilligt. Die Studie zeigt jedoch, dass es dabei nicht allein ausreicht, die Täter zu bestrafen, um Hasskriminalität zu verhindern. Vielmehr ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Bürgern erforderlich, um Einstellungen zu ändern, die Rechtsextremismus begünstigen. Opfer berichteten, dass sie sich von der Polizei nicht ausreichend ernst genommen und unterstützt fühlten und dass die verhängten Strafen oft als zu mild empfunden wurden.

Der entscheidende Unterschied lag in der öffentlichen Reaktion: In Königsforst wurde Rechtsextremismus offen thematisiert und es fanden zahlreiche Aktivitäten statt, während in Steinfée das Problem verharmlost und als „Jugendgewalt“ abgetan wurde. Dieses Framing begünstigte in Königsforst den Zusammenschluss verschiedener Akteur:innen. Eine zentrale Koordinierungsstelle vereinte engagierte Bürger, Pfarrer, Polizisten, Lokalpolitiker, Sozialarbeiter und linke Jugendliche, was die Koordination etwa von Demonstrationen erleichterte. In Steinfée fehlten solche Strukturen weitgehend.

Die Forschenden schließen daraus, dass positive Generalprävention nicht sofort zu weniger Kriminalität führt. Sie kann jedoch die Anzeigebereitschaft von Opfern erhöhen, das Zugehörigkeitsgefühl von Minderheiten stärken und das Bewusstsein für Normen und Werte sowie eine positive Stadtidentität fördern.

Wissenschaftliche Autorität muss gegenüber Rechtspopulisten aufrechterhalten werden

Duarte, Daniel E.; Benetti, Pedro; Alvarez, Marcos C.:
A „war on science?“ Far-right movements and the disputes over
epistemic authority in Brazil, in: *Tapuya: Latin American Science,
Technology and Society* 7(1) (2024).

In den letzten Jahren hat der Aufstieg rechtsextremer Bewegungen, etwa in Brasilien, die Frage der wissenschaftlichen Autorität neu gestellt. Die Studie *Ein „Krieg gegen die Wissenschaft“?* untersucht, wie der politische Diskurs – vor allem unter dem Präsidenten Jair Bolsonaro – traditionelle wissenschaftliche Institutionen herausfordert. Dabei wird deutlich, dass es weniger darum geht, die Wissenschaft grundsätzlich abzulehnen, als vielmehr darum, neu zu definieren, wer das Recht hat, für sie zu sprechen.

Bolsonaro und seine Verbündeten nutzten vermeintlich wissenschaftliche Aussagen, um ihre eigenen Behauptungen zu legitimieren. Dies zeigte sich etwa in Bezug auf umstrittene Behandlungen gegen Covid-19 wie mit dem Mittel Hydroxychloroquin. Sie zitierten selektiv Studien und stellten wissenschaftliche Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation infrage. Mit dieser Taktik präsentierte sich Bolsonaros Regierung als Verteidigerin einer „wahren“ Wissenschaft gegenüber „politisch voreingenommenen“ Experten. Diese Vorgehensweise verwischte die Grenzen zwischen wissenschaftlichem Diskurs und politischer Ideologie und machte die traditionelle Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Antiwissenschaft zunehmend schwierig.

Letztendlich zeigt die Studie, dass der Rechtspopulismus nicht einfach Expertenwissen ablehnt, sondern aktiv darum kämpft, zu bestimmen, was als wahr gilt. In einer Zeit, in der sich Fehlinformationen rasant verbreiten, ist das Verständnis dieser Dynamiken entscheidend. Ein tiefgehendes Verständnis dieser Prozesse ist wichtig, um das Vertrauen in wissenschaftliche Institutionen zu erhalten und der Politisierung von Wissen entgegenzuwirken.

Mehr neoliberale Wirtschaft, mehr rechte Medien

Dağtaş, Erdal; Ünal, Mehmet A.: Türkiye’de yeni sağ politikalar çerçevesinde eğitim haberciliğinin içerikleri üzerine bir değerlendirme, in: İnönü Üniversitesi İletişim Fakültesi Elektronik Dergisi 4(1), S. 7-36 (2019).

Eine Studie über die Inhalte des Bildungsjournalismus in der rechtsgerichteten Politik der Türkei untersucht, wie die neoliberale Politik das Bildungswesen und die Medien in der Türkei verändert hat. Dazu wurde die Berichterstattung verschiedener Zeitungen über Bildungsthemen im Jahr 2016 analysiert.

Die Forscher heben hervor, dass eine neoliberale Wirtschaftspolitik zu Medienmonopolisierung führt, welche wiederum dazu führt, dass sich eher rechtsgerichtete Medien durchsetzen. Es liegt demnach nahe, dass die öffentlich-rechtlichen Medien und eine soziale Politik ein Wachstum von rechtsextremen Gedankengut beschränken oder mindestens verlangsamen.

Wütende Männer behandeln

Roose, Josh: Countering Right-Wing Extremism in Australia: Key Challenges and the Role of Masculinity, in: Counter Terrorist Trends and Analyses 16(3), S. 7-12 (2024).

Australien hat ein Rechtsextremismusproblem: In den letzten zehn Jahren haben sich dort, beflügelt durch internationale Entwicklungen wie die US-Präsidentenwahl 2016, rechtsextreme Bewegungen etabliert, die rassistische, migrationsfeindliche, antisemitische und frauenfeindliche Botschaften verbreiten. Als Vorbilder gelten rechtsextreme Milizen wie die *Proud Boys* oder das *Patriot Movement* aus den USA. Die radikale Rechte in Australien idealisiert ein bestimmtes Bild von Männlichkeit: Im Vordergrund stehen körperliche Stärke und hypermaskuline Ideale. Ihr Slogan: „Australien für den weißen Mann“. An den öffentlichen Kundgebungen nehmen nur weiße, oft sehr junge Männer teil.

Die Rekrutierungsstrategien dieser Bewegungen setzen gezielt auf Emotionen: Wut, Scham, Demütigung und Groll werden genutzt, um Männer anzusprechen, die sich von gesellschaftlichen Veränderungen bedroht fühlen.

Auch online vernetzen sich die extremistischen Gruppen und Einzelpersonen immer stärker und erschaffen ein künstliches Ökosystem – die sogenannte *Manosphere* –, in dem sie Gleichgesinnte finden und ihre Verletzlichkeit in radikale Botschaften umwandeln können. In diesem Raum wird Männlichkeit als soziales Konstrukt inszeniert, das klare Hierarchien schafft und „maskuline Eigenschaften“ bevorzugt, während als feminin angesehene Merkmale abgewertet werden.

Das Internationale Zentrum für politische Gewalt und Terrorismusforschung hat nun mögliche staatliche Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Australien vorgestellt – insbesondere im Zusammenhang mit hypermaskulinen Bewegungen. Der Weg scheint klar: Es reicht nicht, extremistisches Gedankengut zu verurteilen – vielmehr müssen alternative Vorstellungen von Männlichkeit entwickelt werden und an Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen etabliert werden. Diese alternativen Konzepte sollen ein Männerbild vermitteln, das auf gesellschaftlicher Verantwortung, Gemeinschaft und konstruktiver Selbstbehauptung basiert. Die Studie fordert einen ganzheitlichen Ansatz vom Staat: Neben Wirtschaftsreformen und sozialen Dienstleistungen sind auch Bildungs- und Beschäftigungsprogramme notwendig, um jene zu erreichen, die besonders anfällig für radikale Botschaften sind. Ein erneuertes Verständnis von Staatsbürgertum – das junge Menschen zu sozialem Engagement motiviert – soll zudem ihre Widerstandskraft gegenüber Opfererzählungen stärken.

Radikalisierung verstehen

Kruglanski, Arie u. a.: The Psychology of Radicalization and Deradicalization: How Significance Quest Impacts Violent Extremism, in: *Advances in Political Psychology* 35(1), S. 69-93 (2014).

Extremistische Straftaten sind oft schockierend und unverständlich, doch Expert:innen gehen davon aus, dass hinter dem Radikalisierungsprozess grundlegende menschliche Bedürfnisse stecken. In einem wissenschaftlichen Artikel argumentieren fünf Psycholog:innen und ein Experte für internationalen Terrorismus, dass sowohl Radikalisierung als auch Deradikalisierung sehr stark mit dem Wunsch nach Orientierung und Sinn zusammenhängen. Sie verstehen Radikalisierung als einen Prozess, bei dem drei zentrale Elemente zusammenwirken. Zum einen ist da das Streben nach persönlicher Bedeutung – ein tiefes Bedürfnis, dem eigenen Leben Orientierung zu geben und es mit Sinn zu füllen. In diesem Stadium wird oft ein Ziel definiert, dem man sich verpflichtet. Zum anderen die ideologische Komponente: Radikale Gruppen bieten einfache Antworten und präsentieren Gewalt als ein legitimes Mittel, um dieses persönliche Ziel zu erreichen. Statt Gewalt als kriminelle Handlung zu verurteilen, wird sie als Weg zur Erreichung eines höheren Ziels dargestellt. Der dritte Baustein ist das soziale Umfeld: Durch radikale Netzwerke und Gruppendynamiken erfahren Menschen Unterstützung und Bestätigung. Der Zusammenhalt in der Gruppe verstärkt das Gefühl der Zugehörigkeit und erleichtert den Übergang zu extremistischen Überzeugungen.

Diese drei Faktoren sind ein wichtiger Teil des Radikalisierungsprozesses – umgekehrt bilden sie jedoch auch wichtige Ansatzpunkte für Strategien zur Deradikalisierung. Radikalisierung zu verstehen ist ein erster, wichtiger Schritt – er reicht jedoch nicht, um Extremismus zu verhindern. Das vorgestellte Modell bietet einen Einblick in den Radikalisierungsprozess. Diesen Erkenntnissen müssen dann jedoch konkrete Maßnahmen folgen, um Extremismus wirksam zu bekämpfen.

Wirtschaftliche Ungleichheit fördert Rechtsextremismus

Schnepf, Julia: Economic inequality as an opportunity structure for the success of right-wing populist parties in Western Europe, in: Politische Psychologie 2, S. 138-151 (2019).

Julia Schnepf von der Universität Koblenz-Landau hat die Bedeutung wirtschaftlicher Ungleichheit für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien untersucht. Dafür analysierte sie Umfragedaten aus acht europäischen Ländern. Die Ergebnisse: Ein starkes wirtschaftliches Ungleichgewicht geht mit einer höheren Wahlbereitschaft für rechtspopulistische Parteien einher – und zwar nicht nur bei Personen mit niedrigem Einkommen, sondern auch bei jenen mit mittlerem und hohem Einkommen.

Offenbar erhöht die persönlich empfundene wirtschaftliche Ungleichheit das Gefühl von Benachteiligung gegenüber anderen, nicht nur in niedrigen Einkommensschichten. Für zahlreiche Protestwähler:innen ist die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien möglicherweise weniger eine Entscheidung aus Überzeugung als vielmehr ein Weg, um mit dem Gefühl der Benachteiligung umzugehen und ein deutliches Signal an die etablierten politischen Kräfte zu senden.

Der Artikel diskutiert auch mögliche politische Reaktionen: Regierungen könnten auf den Erfolg rechtspopulistischer Parteien mit sozialpolitischen Maßnahmen reagieren, um wirtschaftliche Stabilität zu fördern und das Vertrauen der Menschen wiederherzustellen. Auf individueller Ebene ist es zudem wichtig, das politische Selbstwirksamkeitsgefühl zu stärken, sodass Menschen wieder das Gefühl haben, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können.

Austrittsgrund ist oft auch Eintrittsgrund

Van de Weert, Annemarie: Between extremism and freedom of expression: Dealing with non-violent rightwing extremist actors, Luxemburg 2021.

Eine zentrale These lautet: Häufig hängen die Gründe, eine rechtsextreme Gesinnung wieder aufzugeben, eng mit den Motiven zusammen, die extremistische Gesinnung überhaupt erst anzunehmen. Zahlreiche Studien belegen, dass ein Gefühl der Zugehörigkeit eine entscheidende Rolle beim Eintritt in radikale Kreise spielt. Gleichzeitig können Enttäuschungen und Zweifel – etwa wachsende Skepsis gegenüber der Ideologie, Kritik an der Führung oder Unmut über das Gruppenverhalten – dazu führen, dass Personen radikale Gruppen wieder verlassen.

Die Forschenden betonen, dass Präventionsbemühungen nur dann sinnvoll sind, wenn das Warum und das Wie hinter den Pfaden geklärt werden, die zu rechtsextremen Überzeugungen führen. Das soziale Umfeld ist zudem entscheidend, um zu verstehen, warum Menschen sich einer rechtsextremen Ideologie zuwenden. Jugend-, Familien- und Sozialarbeiter:innen sollten bei der Suche nach dauerhaften Lösungen in erster Linie nach möglichen positiven Kontakten zu Freund:innen und Familie suchen.

Sind Familie und Freundeskreis jedoch Teil des rechten Milieus, gestaltet sich eine Überzeugung vom Gegenteil oft als schwierig. Im Umkehrschluss kann ein alternatives, offenes Umfeld den Austritt aus radikalen Kreisen begünstigen.

Als einen vielversprechenden Ansatz sehen die Forschenden außerdem Gegennarrative. Besonders wirkungsvoll seien diese alternativen Erzählungen, wenn sie von ehemaligen Extremist:innen vermittelt werden. Deren persönliche Erfahrungsberichte verleihen den Botschaften zusätzliches Gewicht: Aussteiger:innen seien in der Lage, den düsteren Alltag solcher Netzwerke zu beschreiben und gewaltfördernde Narrative zu entkräften.

Daneben hebt die Analyse die Bedeutung emotionaler Faktoren hervor. Drei zentrale Emotionen – Wut, Hoffnung und Stolz – bieten Ansatzpunkte, extremistische Narrative zu widerlegen, ohne Gewalt anzuwenden. Wut, indem aufgezeigt wird, wie extremistische Handlungen die eigenen Ziele gefährden. Hoffnung, indem verdeutlicht wird, dass die Zielgruppe ihre Ziele friedlich erreichen kann. Stolz, indem gezeigt wird, dass sich die Zielgruppe mit erfolgreichen gewaltlosen Gruppen identifizieren kann. Gegennarrative, die diese emotionale Ebene miteinbeziehen, betonen gemeinsame Werte, widerlegen extremistische Ideologien und bieten konkrete, positive Handlungsalternativen.

Was der Leitfaden der Kommission zeigen will: Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist ein vielschichtiger Prozess, der sowohl emotionale Bedürfnisse als auch soziale Dynamiken berücksichtigen muss.

Gaming fürs bessere Medienverständnis kann helfen

Saleh, Nabil u. a.: Active inoculation boosts attitudinal resistance against extremist persuasion techniques: a novel approach towards the prevention of violent extremism, in: Behavioural Public Policy 8(3), S. 548-571 (2024).

Schwachstellen der Person erkennen, Vertrauen aufbauen, sie sozial isolieren und zur Begehung von Straftaten drängen – das sind die typischen Schritte von Extremist:innen bei der Rekrutierung im Internet. Oft merken ihre Opfer nicht einmal, wie sie langsam in eine Spirale der Gewalt abrutschen. In einer 2024 veröffentlichten Studie wurde untersucht, ob das Onlinespiel *Radicalise* dabei hilft, Rekrutierungsversuche im Internet zu erkennen und zu verhindern.

Die Proband:innen schlüpfen im Spiel in die Rolle von Extremist:innen, die einer frei erfundenen Terrororganisation angehören, und hatten die Aufgabe, Unterstützer:innen mit manipulativen Methoden anzuwerben. Dadurch sollten die Teilnehmer:innen diese Techniken im echten Leben besser erkennen. Das Spiel basiert auf dem Prinzip der Inokulationstheorie, nach der Menschen gegen extremistische Einstellungen „geimpft“ werden können. Sie lernen, extremistische Botschaften in einer stark abgeschwächten Version zu widerlegen, um vor künftigen Überzeugungsversuchen geschützt zu sein.

Besonders wirksam ist diese Methode, wenn die Proband:innen auch noch das Prinzip hinter den Manipulationstechniken verstehen, indem sie beispielsweise selbst in die Rolle der Rekrutierer:in schlüpfen. In dem Versuch sollten zwei zentrale Fragen beantwortet werden: Können Spieler:innen durch das Spiel Manipulationstechniken besser erkennen und können sie Merkmale identifizieren, die jemanden anfällig für rechtsextreme Rekrutierung werden lässt?

Für die Studie wurden die 291 Proband:innen in zwei Gruppen eingeteilt: 135 Teilnehmer:innen spielten *Radicalise*, während die anderen 156 *Tetris* spielten. Anschließend sollten die Proband:innen bewerten, ob der Inhalt von Whatsapp-Nachrichten manipulativ war und typische Rekrutierungsstrategien nutzte. Das Ergebnis war eindeutig: Die *Radicalise*-Spieler:innen hatten gelernt, gefährliche und manipulative Botschaften in Sozialen Netzwerken besser zu erkennen. Gleichzeitig konnten sie gezielter einschätzen, wer besonders anfällig für radikale Ansprache ist – und ihr Selbstvertrauen stieg signifikant, sodass sie sich in ihren Urteilen zunehmend sicherer fühlten.

Expert:innen betonen immer wieder, dass Menschen vor allem im Netz mit Hass und rechtsextremer Propaganda in Berührung kommen. Der Einsatz von Onlinespielen als vorbeugendes Instrument wird daher als bahnbrechende Neuerung gesehen: Es setzt genau da an, wo Extremismus stattfindet. Marco Suazo, Leiter des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen, hebt hervor, dass dieser Ansatz das Potenzial habe, schwer erreichbare Zielgruppen anzusprechen und weltweit Millionen von Menschen zu erreichen. Spielerische Maßnahmen können also einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Extremismus leisten.